US-Truppen in Unterfranken
„Wir haben hier die Hoheit"

Seite 9/10

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 28, 14. Juli 1978 | 12. Jahrgang | 50 Pfennig

Chef der amerikanischen Supermacht in Bonn

Carter raus!

An diesem Wochenende wird Bonn zur belagerten Stadt. Die Sicherheitsstufe 1 ist verhängt. Ein gewaltiges Heer von 13.000 bewaffneten Polizisten aller Gattungen wurde aufgeboten. In den nächsten Tagen wird sich dieses Heer über Bonn verteilen, die wichtigsten Punkte der Stadt besetzen, Straßensperren errichten. Ganze Teile der Innenstadt — so konnte man hören — sind zum Sperrbezirk erklärt worden. Und warum dieses Aufgebot? Am Donnerstag landes der US-Präsident Carter zu einem mehrtägigen Besuch in der Bundesrepublik.

Sein Einzug in Bonn ist durchaus stilgerecht im Rahmen dieses größten Polizeiaufmarsches in der Geschichte unseres Landes. Er wird nämlich nicht mit dem Hubschrauber einschweben. Das ist den Sicherheitschefs aus Bonn und Washington zu gefährlich — Abschußgefahr! So wird Carter seine ersten Stunden auf deutschem Boden in einem eigens aus den USA herbeigeschafften Panzerwagen vom Typ Mercury erleben. Das sind die Umstände, unter denen — nur wenige Wochen nach dem Breschnew-Besuch — jetzt auch der Chef der anderen imperialistischen Supermacht Bonn seine Aufwartung macht.

Carter wird hier an dem sogenannten Weltwirtschaftsgipfel teilnehmen, zu dem sich außer ihm und den Gastgebern auch die Regierungschefs der anderen westlichen imperialistischen Länder einfinden werden. Dieses Treffen steht im Zeichen der sich verschärfenden kapitalistischen Krise. Aber nicht die Sorgen und Probleme der Werktätigen werden dort auf der Tagesordnung stehen, sondern das Pokern um Märkte, Einflußgebiete, Zollschranken, Währungskurse usw. Carter ist angetreten, die Stellung der stärksten Macht im westlichen imperialistischen Lager zu behaupten und auszubauen.

Bevor jedoch dieser Gipfel in Bonn über die Bühne geht, wird Carter Einheiten seiner Truppen in Bonn und Karlsruhe inspizieren. Er ist auch in die Bundesrepublik gekommen als Vertreter der Macht, die eine Besatzungsarmee von einer viertel Million Soldaten in unserem Land stationiert hat, die von Bremerhaven bis nach Kempten die Bundesrepublik mit ihren Militärstützpunkten, Atomwaffenlagern usw. überzogen hat. So haben die amerikanischen Imperialisten unser Land zum Aufmarschgebiet für einen neuen imperialistischen Weltkrieg gemacht. Mögen Carter und seine Bonner Gastgeber jetzt diese Tatsache als einen Ausdruck ihrer unverbrüchlichen Freundschaft feiern: Das deutsche Volk will den amerikanischen Militärstiefel im Westen genausowenig wie den russischen im Osten.

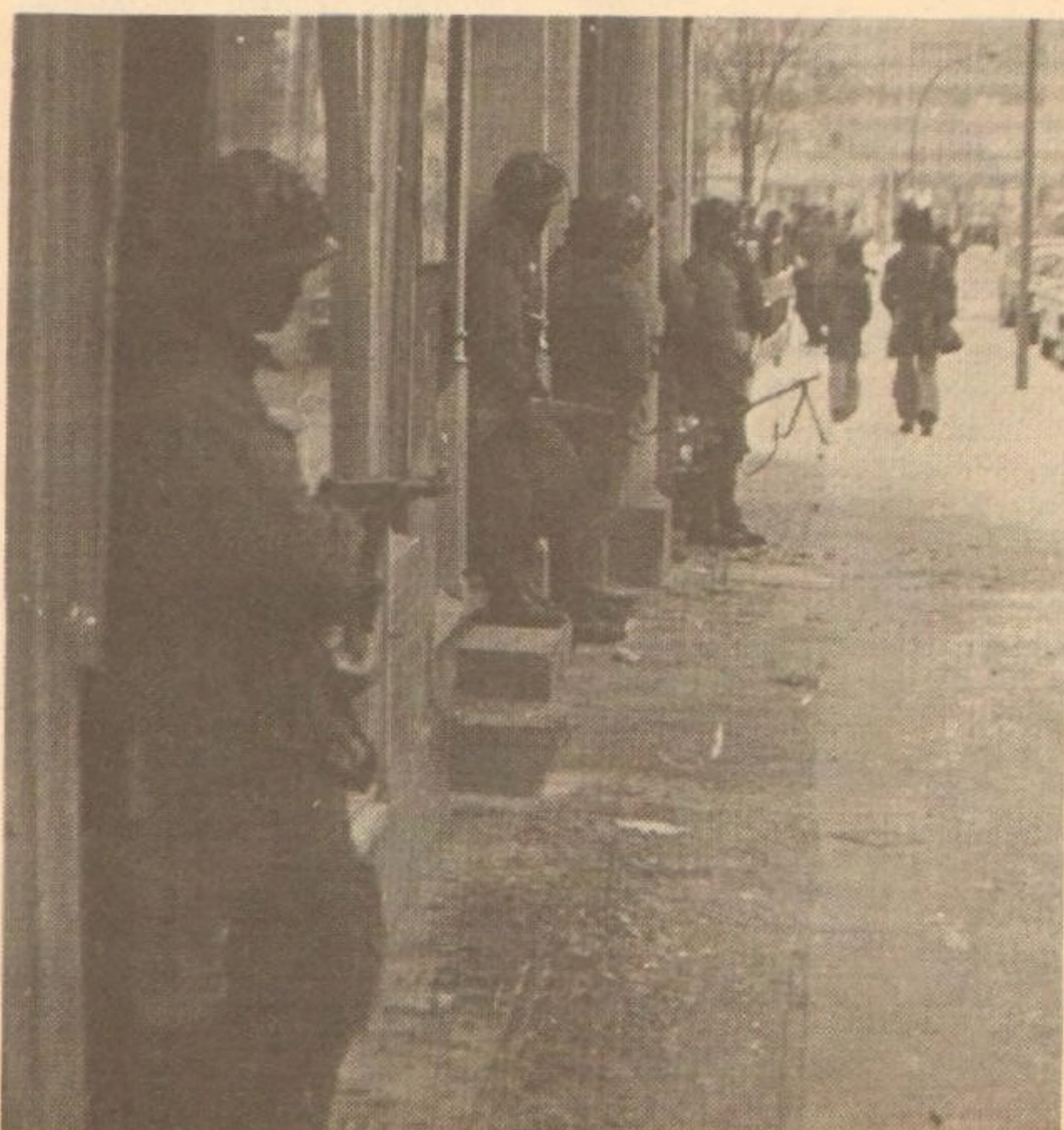
Besatzertruppen, raus aus Deutschland!
Deutschland dem deutschen Volk!

Wußten Sie schon ...?

...daß auch nach offiziellen Statistiken Reiche länger leben als Arme? So hat jetzt das britische Büro für Volkszählung und -beobachtung ermittelt, daß „gut situierte" Menschen im Durchschnitt dreieinviertel Jahre länger leben als Hilfsarbeiter. Nach den Angaben dieser Studie sterben sieben Prozent der Hilfsarbeiter, bevor sie das 45. Lebensjahr erreicht haben (dagegen nur drei Prozent der „gut Situierten"). Etwa 36 Prozent der Hilfsarbeiter sterben, bevor sie das 65. Lebensjahr erreicht haben (dagegen nur 23 Prozent der „gut Situierten").

* * *

...daß die Zahl der Beschäftigten in der Uhrenindustrie sich seit 1970 um fast 50 Prozent verringert hat? 1970 beschäftigten 280 Unternehmen 31.800 Arbeiter. 1977 beschäftigten knapp 250 Betriebe 18.100 Arbeiter.



US-Besatzertruppen proben den Straßenkampf in Westberlin (März '78).

Weg mit Filbinger!

„Ich erkläre: Ich habe kein einziges Todesurteil selbst gefällt." Originalton Hans Karl Filbinger vom 12. Mai dieses Jahres. Inzwischen weiß man es genau: Der Nazirichter und heutige Ministerpräsident von Baden-Württemberg hat schamlos und bewußt gelogen. Neue Tatsachen über seine Verbrechen in den letzten Kriegsjahren kamen inzwischen ans Tageslicht. Bei Redaktionsschluß war die Mitwirkung Filbingers an drei Todesurteilen gegen Matrosen bekannt, die sich geweigert hatten, für die Faschisten in den Krieg zu ziehen.

Filbinger aber ficht das alles nicht im geringsten an. Dieser Mensch denkt nicht daran, zurückzutreten. Seine Devise ist: „Was damals rechtens war, kann heute nicht Unrecht sein." Und er findet dabei die volle Unterstützung seiner Kumpane. Nicht nur, daß sich jetzt auch der Vatikan — der ja damals auch sehr eng mit den Faschisten zusammenarbeitete — für ihn einsetzte. Filbingers Parteifreunde von der CDU fanden die folgende Erklärung dafür, daß es 1944/45 Rechtens war, junge Matrosen durch die Kugel oder das Fallbeil zu ermorden: „Es muß zum Beispiel daran erinnert werden, daß von Januar bis April 1945 die Hauptaufgabe der deutschen Marine darin bestand, im Ostseeraum Hunderttausende von Flüchtlingen aus Ostpreußen zu retten, was nicht möglich gewesen wäre, wenn nicht ein Mindestmaß an Disziplin aufrechterhalten worden wäre." Und für diese Disziplin eben sorgten die Filbingers mit dem Henkersbeil.

Man muß sich das einmal vorstellen: Hier wird in einer offiziellen Erklärung einer der Bonner Staatsparteien gesagt, daß es die Hauptaufgabe von Hitlers Kriegsmaschine gewesen wäre, Menschenleben zu retten. Welch eine Verhöhnung der zig Millionen Opfer des Raubkriegs der Faschisten! Aber für diese Herren ist der millionenfache Völkermord eben „Rechtens" gewesen. Sie haben sogar die Stirn, gegen diejenigen, die Filbingers Rücktritt fordern, als „Abschuß-Kartell" zu hetzen.

Auf den Wogen der Empörung gegen den Ex-Nazirichter schwimmt auch die SPD mit. Aber man muß sich daran erinnern, daß einer der lautstärksten Kritiker in ihren Reihen, der Stuttgarter Oppositionschef Eppler, noch vor zwei Jahren im Wahlkampf Filbinger öffentlich verteidigte, obwohl seine Verbrechen auch damals längst bekannt waren. Und auch heute betont die SPD, daß es ihr nicht um den Filbinger von 1944, sondern um den von 1978 geht. Denn der von 1978 scheint ihnen inzwischen als Aushängeschild für ihren Staat nicht mehr tauglich. Daß eine Nazivergangenheit als solche als Kavaliersdelikt betrachtet wird, demonstrierte Kanzler Schmidt, der im Bundestag so ganz nebenbei erklärte, er habe auch jahrelang die Uniform eines Nazioffiziers getragen, sich aber nicht wohl darin gefühlt. Oder DGB-Boß Vetter, der sich letzte Woche nicht erst lange aufs Leugnen verlegte, sondern sofort zugab, er wäre Führer im Nazi-Jungvolk gewesen (wobei — wie man hören konnte — die einschlägige Akte über ihn im Westberliner Document Center sicherheitshalber verschwunden ist). So spielen diese Leute ihre Vergangenheit herunter. Aber alles, was in den letzten Wochen im Zusammenhang mit Filbinger ans Tageslicht kam, sei es Vetters Karriere beim Jungvolk oder die Todesurteile des Lübecker Stadtdirektors Gaul, zeigt, daß dieser Bonner Staat tief in der Nazidiktatur wurzelt (siehe auch Seite 2, „Offen gesagt").

Neuer Schnüffelskandal an den Grenzen

Heimlich Steckbriefe angefertigt

Wieder ein neuer Schnüffelskandal beim Bundesgrenzschutz (BGS). Zum Handwerkszeug der Grenzschützer — so enthüllte in der vergangenen Woche die „Frankfurter Rundschau" — gehören auch sechs schwarz eingebundene Bücher. Sie enthalten Steckbriefe von 789 „leitenden Funktionären linksextremistischer Organisationen". Diese schwarzen Bände müssen durch geheimnisvolle Kräfte in die Kontrollstationen des BGS gekommen sein. Denn niemand hat von ihrer Existenz gewußt, geschweige denn ihre Herstellung angeordnet: das Innenministerium nicht, das Bundesamt für Verfassungsschutz nicht usw. So erklärten es jedenfalls die zuständigen Herren auf Befragung.

Für wie dumm halten uns diese Leute eigentlich? Vor wenigen Wochen erst wurde die Existenz von Schnüffellisten an den Grenzstationen bekannt, auf denen säuberlich Hunderte von „linksextremen" Organisationen und Zeitschriften aufgeführt waren. Auch damals hieß es in den Bonner Ministerien und Polizeizentralen: Wir wußten nichts davon. Und jetzt diese Steckbrief-Alben. Übereifer einzelner Beamter im Zuge der Schleyer-Fahndung? So wollen es die Herren aus Bonn auch jetzt wieder hinstellen. Tatsache ist jedoch, daß die „schwarzen Bände" schon eine lange Tradition bei den Bonner Staatsschutz-Organen haben. Erstmals wurden sie wenige Jahre nach dem — 1956 erfolgten — Verbot der KPD zusammengestellt, um Funktionäre dieser Partei zu erfassen. 1974 gab es eine Neuauflage. Damals reichte übrigens noch ein Band aus. Im Oktober 1977 schließlich, bei der letzten Auflage, war das Schnüffelwerk dann schon auf sechs Bände angewachsen.

Wenn der neue Innenminister Baum jetzt den Unschuldigen spielt, wenn er davon spricht, die Steckbrief-Alben einzuziehen und „unter Verschluß" zu halten, dann ist das nichts als Augenwischerei. Denn längst hat die staatliche Bespitzelung an den Grenzübergängen und anderswo ein Ausmaß angenommen, vor dem das herkömmliche Blättern in solchen Alben als hoffnungslos altmodisch erscheint (der RM berichtet über diese Praktiken auf der folgenden Seite).

Diäten — kräftig abgesahnt

Sie können den Hals nicht voll genug kriegen. Nach Nordrhein-Westfalen, Bayern usw. haben jetzt auch die Abgeordneten im Kieler Landtag zugelangt. Sie wollen ihre monatlichen Diäten bis zu 8.300 Mark erhöhen. So steht es in einem Entwurf für das neue Abgeordnetengesetz, das in der nächsten Woche in zweiter Lesung beraten wird. Der Rechtsausschuß hat schon mit Mehrheit zugestimmt. Kein Wunder. Dieses Bild ist man ja schon gewohnt. Alles Gezänk und Gezerre in den westdeutschen Parlamenten verstummt schlagartig, wenn es um die Erhöhung der ohnehin schon fetten Diäten geht. Dann fliegen alle Arme hoch zum „Ja", dann gibt es — ob SPD, CDU oder FDP — nur noch eine einheitliche Meute, vereint in der Gier nach einem noch tieferen Griff in die Taschen der Steuerzahler.

Zwei Wochen ist es übrigens erst her, daß derselbe Staat, der jetzt wieder sein Füllhorn über diese „Volksvertreter" auskippt, folgende Statistik veröffentlichte: In diesem Jahr lagen die Lohn- und Gehaltsabschlüsse für Millionen von Arbeiter und kleinen Angestellten um 1,4 Prozent unter denen des Vorjahres. Und das bei einer Teuerung, die ja beileibe nicht gefallen, sondern um einige Prozente gestiegen ist. Wir müssen also den Gürtel wieder einmal um einige Löcher enger schnallen. Sie dagegen sahnen noch mehr ab. Aber das liegt wohl daran, daß es in diesen unruhigen Zeiten immer schwieriger ist, ein „Volksvertreter" zu sein.

Wieder „Konzertierte Aktion"

Eine wahre Inflation von Spitzengesprächen der „Tarifpartner" und der Bundesregierung gab es in den letzten Tagen. Da trafen sich Vetter, IG-Chemie-Boß Hauenschild usw. mit den Führern der Kapitalistenverbände. Da setzte sich Vetter mit dem Wirtschaftsminister Lambsdorf zusammen. Und schließlich am vergangenen Dienstag traf man sich in Bonn zu einer großen Runde: Vetter und andere führende DGB-Bonzen waren dabei, der Steuerbetrüger Fasolt und andere Funktionäre der Unternehmerverbände. Eingeladen hatte Schmidt persönlich zu diesem Treffen.

Über den Inhalt des Gespräches wurde nichts bekanntgegeben. Offenbar haben die DGB-Bonzen allen Grund, den Mantel des Schweigens über dieses Treffen auszubreiten. Die Werktätigen in unserem Land sind zu Recht empört über dieses „Spitzengespräch". Denn das ist nichts anderes als eine Neuauflage der sogenannten Konzertierten Aktion, der Absprache zwischen Kapitalisten, DGB-Apparat und Regierung über eine gemeinsame Strategie gegen die Werktätigen. Der Widerstand der Kollegen gegen diese Konzertierte Aktion war so stark, daß sich einige Gewerkschaftsführer gezwungen sahen, sich gegen Treffen dieser Art auszusprechen. Und Vetter selbst hatte schon vor Monaten den Austritt des DGB aus der Konzertierten Aktion bekannt gegeben und hoch und heilig versprochen, er werde solange nicht mehr daran teilnehmen, wie die Kapitalisten ihre Klage gegen das Mitbestimmungsgesetz aufrechterhalten.

Und nun sitzen sie also wieder alle beisammen zu vertraulichen Gesprächen, deren Inhalt sie vor den Werktätigen verschweigen. So zeigt sich wieder einmal, daß diese Leute professionelle Betrüger sind.

Rückgang der Arbeitslosigkeit?

Mit großem Tamtam verkündeten die Zeitungen in der letzten Woche: Zahl der Arbeitslosen sank! Anlaß für die optimistischen Presseartikel und sofort einsetzenden Debatten um ein sich möglicherweise abzeichnendes Ende der Massenarbeitslosigkeit: Die Bundesanstalt für Arbeit hatte verkündet, daß die (offizielle) Zahl der Arbeitslosen auf 877.300 gesunken sei.

Tendenzwende in Sachen Arbeitslosigkeit? Der Jubel der Presse ist nichts als ein Versuch, unter den Werktätigen die Illusion zu schüren, daß die Krise doch nur konjunkturbedingt sei, daß Kapitalismus und Vollbeschäftigung doch unter einen Hut zu bringen seien. Ein bewußter Betrug. Denn diese Herren wissen ganz genau, daß es nicht stimmt, was sie den Werktätigen hier unter die Weste jubeln wollen.

Bereits heute sinkt in den industriellen Zentren der Bundesrepublik die Arbeitslosenquote keineswegs, sondern steigt. So etwa im Ruhrgebiet um sieben Prozent allein im letzten halben Jahr. Und in ihren Schubladen haben diese Herren bereits fix und fertige Analysen darüber, daß in den achtziger Jahren mit rund fünf Millionen Arbeitslosen zu rechnen ist. Hier nur eine Stimme von vielen, die des FDP-Politikers Laermann. Er sagte in diesem Jahr: „So ist z. B. zu befürchten, daß in einem Jahrzehnt bis zu 40 Prozent der bisherigen Arbeitsplätze im Bereich der Feinmechanik und Nachrichtentechnik, 80 Prozent im graphischen Gewerbe, 50 Prozent im Bürobereich infolge automatischer Textverarbeitung überflüssig werden." Illusionen über die weitere Entwicklung sind also fehl am Platz. Vielmehr ist der Zusammenschluß der Werktätigen gegen gegenwärtige und zukünftige Massenentlassungen ein Gebot der Stunde.

BKA-Fahndung „Befa 7"

Eine neue Geheime Staatspolizei?

„Es wird schon einer zur Befa-7-K, wenn er irgendwo, und sei es rein zufällig, mit einer Befa-7 angetroffen wird." So wußte es — im unverfälschten Polizisten-Deutsch — ein Grenzschützer zu berichten. In der Tat, man wird schnell zur „Befa-7-K". Nur — man weiß nichts davon, und man soll es auch nicht wissen. Denn eine Befa-Person, daß ist jemand, der der „beobachtenden Fahndung", also der heimlichen Bespitzelung durch die Polizei unterliegt.

Was das bedeutet? Seine Daten sind im Computer PIOS (= Personen, Institutionen, Organisationen, Sachen) des Bundeskriminalamtes (BKA), Abteilung Terrorismus, gespeichert. Und in der Praxis sieht das dann so aus: Bei einem Grenzübergang etwa wird von den BGS-Beamten der Ausweis abgefordert. Er wird im Computer-Terminal der Grenzstation, der an den BKA-Zentralcomputer angeschlossen ist, überprüft. Auf dem Bildschirm leuchtet der Text auf: „Achtung Befa" und ein zweiter: „Auf Eigensicherung achten". Eigensicherung — das bedeutet, daß die BGSler, wenn sie nicht schon eh damit herumlaufen, schnellstens die Maschinenpistolen zur Hand nehmen.

Aber nicht nur Grenzübertritte von „Befa-Personen" werden so registriert und wiederum im PIOS gespeichert. Zur „beobachtenden Fahndung" vom Typ Befa-7 gehören auch die gelegentliche oder ständige Telefonüberwachung und die Postkontrolle. Und darüber hinaus kann dann noch die sogenannte Personenüberwachung, also die Beschattung auf Schritt und Tritt angeordnet werden. Der „Stern" veröffentlichte in seiner letzten Ausgabe eine Aufstellung der Personenkreise, die der polizeilichen Bespitzelung nach Befa-7 unterliegen. Dazu gehören:

- **„Altbestände".** Das sind Menschen, die irgendwann einmal irgendwelche Kontakte zu sogenannten Terroristen gehabt haben, also etwa ehemalige Bekannte von Ulrike Meinhof.
- **„Aktivisten der K-Gruppen".** Damit sind Genossen unserer Partei gemeint und Angehörige der anderen Organisationen, gegen die vor einigen Monaten von der CDU ein Verbotsantrag gestellt wurde.
- Personen, die ihren Personalausweis oder Reisepaß als verloren gemeldet haben.
- **„Kontaktpersonen".** Das sind diejenigen, die der eingangs angeführte Grenzschützer „Befa-7-K" nannte. Zur Kontaktperson („7-K") wird man, wenn man etwa bei einer Polizeikontrolle im gleichen Auto oder auch nur im gleichen Zugabteil mit jemandem sitzt, der der „Befa-7" unterliegt.
- Darüber hinaus sind auch die Daten von **Flugblattverteilern,** von **Demonstranten,** z. B. Teilnehmern an der Demonstration gegen das AKW Kalkar, im PIOS-Computer gespeichert worden und somit von Befa-7 erfaßt worden. Im letzten Herbst wurden sogar alle (!) Reisenden zwischen 20 und 35 Jahren an den Grenzen registriert. Bei mehrmaligem Grenzübertritt wurde automatisch die Einstufung in „Befa-7" vorgenommen.

Auf diese Weise sind bis zu 8.000 Personen Opfer der „Befa-7" geworden oder sie sind es noch. Genaues darüber weiß man nicht, denn das BKA operiert ja im Dunkel, im Geheimen. Man weiß nur eins — BKA-Chef Herold hat es selbst eingestanden: Wer einmal von PIOS erfaßt war, der bleibt auch drin. Denn das BKA vernichtet grundsätzlich niemals Daten, die es einmal gespeichert hat.



1. Mai 1978. DGB-Kundgebung in Westberlin: Mit dem Feldstecher macht ein Polizeioffizier einen Demonstranten aus, mit dem Finger gibt er dem Fotografen Befehl, mit dem Tele wird der Demonstrant fotografiert.

Die Tatsachen, die jetzt über die „Befa-7" bekannt wurden, zeigen eindeutig: In der Bundesrepublik ist eine neue Geheime Staatspolizei entstanden, die neben dem Verfassungsschutz und in enger Zusammenarbeit mit ihm und den anderen Geheimdiensten darangeht, die systematische Überwachung und Bespitzelung von Kommunisten und anderen fortschrittlichen Werktätigen zu organisieren. Und es bleibt dabei nicht bei der bloßen Überwachung. Denn als Polizeitruppen können die Einheiten des BKA auch überall zuschlagen: Hausdurchsuchungen durchführen, Razzien, Verhaftungen usw. Die vor einigen Monaten verabschiedeten Terrorgesetze öffnen dieser Aktivität alle Tore.

Dabei sind die Herren in Bonn bemüht, auch diese Tätigkeit im geheimdienstlichen Dunkel zu lassen. Es ist ja zum Beispiel mittlerweile bekannt geworden, daß nach dem Projekt „Zielfahndung" Spezialtrupps des BKA nicht nur in der Bundesrepublik, sondern auch im Ausland auf gezielte Menschenjagd gehen. Aber nicht einmal der Innenausschuß des Bundestages — der ja angeblich die Tätigkeit von BKA, Verfassungsschutz usw. kontrollieren soll — wird über die Praktiken dieser neuen Geheimen Staatspolizei unterrichtet. Das geht aus dem vertraulichen Protokoll einer Sitzung des Ausschusses hervor, das vor zwei Wochen ans Licht der Öffentlichkeit kam (der RM berichtete darüber). Danach sagte der Ex-Innenminister Maihofer: „Es gibt nun noch viele Einzelheiten, auch gegenwärtige Zielfahndungseinsätze im In- und Ausland, aber die sind so delikat, daß ich es mir selbst bei der Stufe „vertraulich" versagen will, das hier vorzutragen. Das ist, glaube ich, einfach nicht der richtige Ort."

Das immer größer werdende Ausmaß der staatlichen ! berwachung, der Ausbau des BKA zu einer neuen Geheimen Staatspolizei — das sind weitere Schritte in der Faschisierung, weitere Anzeichen dafür, daß Bonn Kurs nimmt auf ein neues '33. Immer weniger aber gelingt es den Herren, diesen Kurs mit der Fahndung nach ein paar Terroristen zu rechtfertigen. Die Empörung der Werktätigen — vor allem über die hemmungslose Bespitzelung — wächst. Sie fühlen sich zu Recht daran erinnert, daß es all das vor vierzig Jahren schon einmal gab. Dem Bonner Kurs der Faschisierung muß entschiedener Widerstand entgegengesetzt werden. Bauen wir eine Front gegen Reaktion und Faschismus auf.

Aus dem Inhalt

Berufsgrundbildungsjahr wird nicht voll angerechnet!	4
Herabsetzung des Rentenalters: Betrug an den Stahlarbeitern geplant	4
Rationalisierung bei der Post: Es geht um 30.000 Arbeitsplätze	5
Betriebsstillegungen: SEL in Rastatt, Nordmende in Bremen	5
Volkskorrespondenzen: Zwei Gipfel in Bremen — Europäisches Atomgegnerforum und EG-Gipfel	6
Neues vom Birkenhof in Hannover	6
„Terroristen" gegen Bundeswehr	6
GSG 9 mit dem Segen der Kirche	7
Sonderpolizei in NRW — 1977 350mal im Einsatz	7
Hamburger Antifaschistenprozeß	7
80. Geburtstag Hanns Eislers — Ein revolutionärer Künstler der Arbeiterklasse	8
US-Truppen in Unterfranken: „Wir haben hier die Hoheit"	9/10
Nahost: Statt Frieden neue Kriegsgefahr	11
UNO-Abrüstungskonferenz	11
EG-Gipfel in Bremen: Bonn präsentiert Europäischen Währungsfonds	11

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag ROTER MORGEN GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Postscheckkonto Nr. 79600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr.: 321 000 290 (Verlag Roter Morgen). Telefon: 0231/433691 und 433692. Verantwortlicher Redakteur: Renate Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 30 DM für 1 Jahr, 15 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr wird mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

Offen gesagt ...

Und morgen wieder?

„Was damals Rechtens war, kann heute nicht Unrecht sein." Dieser Satz des Stuttgarter Ministerpräsidenten macht deutlich, daß es nicht zwei Filbingers gibt, den alten Faschisten und Blutrichter auf der einen, und den geläuterten Demokraten auf der anderen Seite. Man könnte diesen Satz, seiner eigenen Logik folgend, fortsetzen und sagen: „Was damals rechtens war, kann es morgen wieder sein." Denn die Vertreter dieses Staates funktionieren eben so, wie es die Bourgeoisie von ihnen erwartet: Gestern setzten sie mit blutigem Terror die faschistische Diktatur durch, heute bemühen sie sich um das Aufputzen der demokratischen Fassade, und morgen...? Wenn die Herren von Stahl und Chemie wieder einmal ihre offene Diktatur errichten, werden die



Filbingers wieder dabei sein. Sie sind ja jetzt schon dabei, im Auftrag ihrer Herren aktiv die Voraussetzungen eines neuen '33 zu schaffen. Nehmen wir nur Filbinger selbst:

- Auf sein Konto gehen die brutalen Polizeieinsätze gegen die Bauern vom Kaiserstuhl, die sich gegen das AKW Wyhl wehrten.
- Seine Regierung war Vorreiter bei der systematischen Bespitzelung streikender Arbeiter durch den Verfassungsschutz, bei der Durchpeitschung der Verteidigerüberwachung, des Kontaktsperregesetzes usw.
- Filbinger hat sich — wohl im Gedenken an seine Erfahrungen mit der Nazischutzhaft für die Sicherungsverwahrung eingesetzt.
- In den Bereich seiner Zuständigkeit fällt die Blutnacht von Stammheim, die im In- und Ausland Erinnerungen an die KZs der Nazidiktatur weckte.
- Filbinger hat schließlich das Verbot unserer Partei, der KPD/ML, und anderer Organisationen betrieben.

Unter dem Kommando der russischen Sozialimperialisten

Verstärkte Militarisierung in der DDR

Vom 3. bis 8. Juli fand in der DDR im Raum Stendal, Magdeburg und Lieberose ein Manöver der russischen Besatzertruppen statt. 30.000 Angehörige der Luft- und Bodenstreitkräfte der sowjetischen Streitkräfte nahmen daran teil. Was sie proben, nennt sich in den Sonntagsreden der Politiker und Militärs in Ostberlin und Moskau „die Verteidigung des Lagers des Sozialismus und des Friedens". In Wirklichkeit proben die russischen Truppen bzw. die Truppen des Warschauer Pakts nichts anderes als die amerikanischen Truppen bzw. die Truppen der NATO: den imperialistischen Krieg zur Wahrung ihrer jeweiligen Interessen.

Allen Friedens-, Entspannungs- und Abrüstungsbeteuerungen zum Trotz verstärken sich im Osten wie im Westen die Kriegsvorbereitungen der Imperialisten. Und das nicht nur, was die Häufigkeit und den Umfang der Manöver betrifft. So hat die neue Bourgeoisie in der DDR in den letzten Jahren mit zahlreichen Maßnahmen die Militarisierung des Landes verstärkt.


Nahkampfausbildung von DDR-Soldaten

In einer Korrespondenz, die wir aus der DDR erhielten, heißt es: „Es war vor einiger Zeit in Rostock. Fast in jeder größeren Straße wurde eine Sirene angebracht — Vorbereitung auf den Ernstfall, hieß es. Aus vielen Betrieben hört man, daß den Kollegen bestimmte Sirenensignale bekanntgegeben werden, die dann am Tag X Bombenangriff bedeuten.

- Den gedienten Reservisten wurden 1977 Mobilmachungsausweise zugeschickt mit Anweisungen, wo sie sich bei einer künftigen Mobilmachung sammeln müssen, was sie dann mitzubringen haben usw. Gleichzeitig müssen zahllose Betriebe eine bestimmte Menge LKWs fahr- und jederzeit abstellbereit halten.
- Ministerien üben die Lebensmittelversorgung im Ernstfall, in Großbetrieben werden ähnliche Ernstfall-Übungen betrieben.
- Und nicht zuletzt werden Atombunker gebaut — für die Bonzen. So etwa im neuen Regierungskrankenhaus in Berlin-Buch."

So weit die Korrespondenz. Begleitet werden diese und andere Maßnahmen — so jüngst die Einführung des Wehrkundeunterrichts an den Schulen der DDR — von der verstärkten Aufrüstung der NVA (Nationalen Volksarmee) und von einer ständigen Ausweitung der Aktivitäten der sogenannten Zivilverteidigung, der Betriebskampfgruppen und der GST (Gesellschaft für Sport und Technik — betreibt u. a. jährlich die vormilitärische Ausbildung von über 200.000 Jugendlichen). Die verstärkte Militarisierung zeigt sich auch direkt in den Betrieben. Nicht nur, daß ein immer größerer Teil der Wirtschaft direkt oder indirekt für die Aufrüstung produziert. Immer häufiger ziehen auch höhere Militärs als leitende Kader in die Betriebe ein. Um das zu gewährleisten, wurde 1975 eine Verordnung von der neuen Bourgeoisie in der DDR erlassen (Förderungsverordnung), nach der entlassene Offiziere der NVA „in Würdigung ihrer langjährigen aktiven Dienstzeit sowie entsprechend ihren Erfahrungen, Kenntnissen und Fertigkeiten in mittlere oder höhere Leitungsfunktionen einzusetzen" sind.

Diese verstärkte Militarisierung innerhalb der DDR geschieht im Rahmen der Beschlüsse des Warschauer Pakts — und das heißt, unter dem Oberkommando der russischen Sozialimperialisten. So ist es auch nicht verwunderlich, daß die Militarisierung begleitet wurde von Maßnahmen, die die Macht der Herren in Moskau über die Truppen des Warschauer Pakts noch mehr festigen und absichern sollen. So wurde im Jahre 1976 eine gewaltige Kampagne zur Modernisierung der Waffensysteme der NVA eingeleitet, die nicht nur die Umstellung auf aggressivere Waffen zum Ziel hatte, sondern gleichzeitig der Vereinheitlichung mit den sowjetischen Waffensystemen diente. Außerdem wurden verstärkt Offiziere in die Sowjetunion geschickt, die dort in Lehrgängen von russischen Militärs ausgebildet wurden. Intensiviert wurden auch gemeinsame Übungen von russischen Streitkräften und Soldaten der NVA innerhalb der DDR usw. usf.

Manöverterror nicht nur im Westen, sondern auch im Osten

Nicht nur im Westen müssen bereits im Frieden immer wieder Werktätige die Kriegsvorbereitungen der Imperialisten mit ihrem Leben bezahlen, gibt es bei fast jedem großen Manöver Todesopfer. Das ist auch im Osten der Fall.

So beobachtete ein Westberliner LKW-Fahrer während eines Manövers am 15. 9. 77 auf der Transitstrecke Helmstedt-Westberlin folgendes: „Ich fuhr nachts diese Strecke entlang, als plötzlich zwei DDR-Panzer unbeleuchtet quer die Autobahn kreuzten und genau in einen Lastzug rasten. Der Lastzug fiel um, der Fahrer war tot. Der erste Panzer brannte, der Panzerfahrer war auch tot. Der zweite Panzer fuhr in den umgefallenen Lastzug."

Alle diese Maßnahmen beweisen, daß der Friede keineswegs „sicherer" wird, wie von den Imperialisten aus Ost und West gerade jetzt bei der Abrüstungsdebatte in der UNO wieder lautstark behauptet wurde. Das Gegenteil ist der Fall. Die Imperialisten, und allen voran die beiden Supermächte, die russischen Sozialimperialisten und die US-Imperialisten, verstärken ihre Kriegsvorbereitungen. Vor dieser Tatsache dürfen die Werktätigen in Ost und West die Augen nicht verschließen. Denn es gibt nur einen Weg, den erneuten Ausbruch eines imperialistischen Krieges zu verhindern. Das ist der konsequente Kampf der Werktätigen gegen die Kriegstreiber in Ost und West!

„Und wünschen Ihnen eine gute Erholung"

Überlegungen eines Urlaubers aus der DDR

Korrespondenz. „Und wünschen Ihnen eine gute Erholung". So heißt es gewöhnlich an den Schaltern der Reisebüros der DDR, wenn man sich mit viel Mühe und Aufwand eine Urlaubsreise erkämpft hat. Ist man dann für teures Geld unterwegs — etwa mit einer der immer wieder als Spezialität angepriesenen „Reisen ins Freundesland" — so fallen einem als Arbeiter einige Dinge auf, die in keinem Prospekt stehen.

Man stellt sich z. B. die Frage, wie es sich zusammenreimt, daß von den Bonzen aus SED, FDGB, aus dem Staatsapparat und der Wirtschaft kaum einer bei so einer Touristenreise dabei ist, obwohl sie es doch sind, die diese Reisen, und vor allem solche in die Sowjetunion, anpreisen? Lieben sie vielleicht das Reisen nicht? Das Gegenteil ist der Fall. Die Bonzen lieben das Reisen sehr. Und am allermeisten das Reisen auf Staatskosten! Daß Partei-, Regierungs- und FDGB-Delegationen auf unsere Kosten ins Ausland reisen und das als „Vertiefung der Freundschaft" bemänteln — daran versucht man uns seit langem zu gewöhnen. Seit einiger Zeit reisen aber auch viele Betriebsleiter, Parteisekretäre und weitere Angehörige der neuen Bourgeoisie auf unsere Kosten und geben das nach dem Vorbild der obersten Führungsspitzen als „Erfahrungsaustausch mit Freunden" aus.

seinen Ehepartner für den Zeitraum von 14 Tagen hinzublättern? Für uns bleiben dann solche „preiswerten" Sachen wie Städtereisen — d. h. während einer Reise fünf bis sechsmal die Stadt und die mittelmäßigen Hotels zu wechseln, oder die Schiffsreisen auf den europäischen Flüssen der Sowjetunion in Kabinen für vier bis sechs Leute.

Ganz zu schweigen von den bitteren Erfahrungen, die man in den „sozialistischen Reiseländern" selbst macht. Überall bestimmt die Jagd nach harten Devisen spürbar die Atmosphäre in den Hotels, Restaurants und auf dem schwarzen Markt. Es ist zur traurigen Gewohnheit geworden, daß die Art der Währung, in der gezahlt wird, ausschlaggebend dafür ist, ob Urlauber ein Zimmer zur Seeseite bekommen, ob sie Sonne haben, ein guter Platz im Hotelrestaurant reserviert ist oder ob — wie fast bei allen DDR-Bürgern der Fall — den Urlaubern eben nur die Schattenseite zur Verfügung steht, da die anderen Plätze „leider besetzt" sind. Keine Seltenheit für solche Urlauber ohne die nötigen Devisen ist es auch, daß sie z. B. zum Mittagessen in Schichten eingeteilt werden. Und wehe, man kommt dann mal etwas zu spät zum Essen. Der „Nachfolger" hat dann den Platz besetzt und dessen „Nachfolger" wartet ebenfalls schon.



Schlangestehen vor Restaurants, Cafés usw., so geht es den Werktätigen in der DDR im Urlaub, während die neue Bourgeoisie 1. Klasse Urlaub macht.

Es versteht sich, daß auch der Reisekomfort den Bedürfnissen dieser Schicht angepaßt ist. Unterbringung in zweitklassigen Hotels, Platzmangel in überfüllten Restaurants und Devisenschwierigkeiten, worüber Arbeiter, die mit Hilfe der Reisebüros fahren, immer wieder klagen — solche Probleme kennen diese Leute nicht. Wen wundert es da noch, daß sie bereits seit Jahren auf den „Service" des Reisebüros verzichten und lieber auf Staatskosten (sprich: auf unsere Kosten) mit Komfort Urlaub machen.

Eine andere Frage, die sich aufdrängt, ist die nach der Rolle der Reisebüros als staatlicher Einrichtung. Wer sie kennt, weiß, daß sie keineswegs den Werktätigen dienen, also etwa für diejenigen am besten sorgen, die Erholung am notwendigsten brauchen. Alle Erfahrung geht dahin, daß es sich um eine Einrichtung kapitalistischer Machart handelt. **Nach der Devise — wer am meisten zahlt, bekommt die besten Reisen — ist über den Preis eine große soziale Abstufung in den Reiseprogrammen durchgesetzt worden. Das Ergebnis: Leitende Angestellte, Handwerker, private Geschäftsleute und andere bevorzugte Schichten mit dem mehrfachen Durchschnittseinkommen eines Arbeiters können fast jedes Jahr ins Ausland fahren. Und zwar mit Komfort. Wer von uns Arbeitern kann es sich dagegen bei neuen Grundlöhnen, Prämienlohn und anderen an die „Leistung" gebundenen Lohnformen schon leisten, für eine Komfortreise der Kategorie I nach Mittelasien 3.500 Mark für sich und**

Der spießbürgerliche Sinnspruch „Hast du was, dann bist du was!" findet so auch, was den Urlaub angeht, in der DDR und anderen revisionistischen Ländern seine Bestätigung. Ein untrügliches Merkmal dafür, daß von Sozialismus in diesen Ländern keine Rede sein kann.

Übrigens gibt es in das einzige wirklich sozialistische Land in Europa, in die SVR Albanien, schon lange keine Reisemöglichkeiten mehr. Von den jüngeren Arbeitern in der DDR weiß kaum noch einer, daß bis Anfang der sechziger Jahre Arbeiterreisen ins sozialistische Albanien sehr gefördert wurden und daß sich dabei die Arbeiter der DDR ausführlich über das Leben ihrer Klassengenossen in Albanien informieren konnten, daß es dabei zu vielen politischen und persönlichen Kontakten kam.

Wie gesagt, alle diese Dinge stehen in keinem Reiseprospekt. Es sind jedoch Probleme, die sich stellen, wenn man nach den politischen Ursachen und Zusammenhängen im SED-Staat sucht.

Streiflichter

Matroschkas und Buratinos in DDR-Kindergärten

Es geschah nach dem Internationalen Kindertag, am 1. Juni. Eine Kindergärtnerin kam nach der Arbeit nach Hause: „Ich bin fix und fertig. Wir leben ja in einem Russenstaat." Was war passiert? Eine Kollegin hatte an diesem Tag, dem Internationalen Kindertag, ein „Matroschka-Fest" gefeiert. Das bedeutet, daß die Kinder als Matroschkas und Buratinos verkleidet in den Kindergarten kommen. Es werden russische Märchen vorgelesen, russische Puppenspiele aufgeführt, russische Tänze getanzt und den Kindern wird erzählt, wie schön es in der Sowjetunion ist, und wie wichtig es ist, daß die russischen Soldaten in der DDR sind.

Und das ist kein Einzelfall. Dieses Fest wird in der Erzieherzeitschrift „Neue Erziehung im Kindergarten" angepriesen. Vom gleichen Geist sind Kinderzeitschriften in der DDR wie Bummi, Atze und ABC-Zeitung geprägt. Der Zweck des Ganzen? Die Kinder sollen schon von klein auf daran gewöhnt werden, wer hier die wahren Herren im Haus sind: die russischen Sozialimperialisten!

Zu Ehren Lenins?

Am 22. April, dem 108. Geburtstag Lenins, wurden in einer Reihe Betriebe der DDR die Arbeiter angehalten, unentgeltlich Arbeit zu leisten. Zu Ehren Lenins, hieß es. Und: Die eingesparten Lohngelder und der zusätzliche Gewinn sollten „solidarischen" Zwecken dienen.

Das ist nichts als Demagogie! Zu Ehren Lenins und zum Wohl des Volkes wurden solche freiwilligen, unentgeltlichen Arbeitseinsätze durchgeführt, als die DDR noch sozialistisch war. Heute dienen solche Arbeitseinsätze (wie auch die bezahlte Arbeit der Werktätigen) allein der Bereicherung der neuen Bourgeoisie. Und auch von „freiwillig" kann keine Rede mehr sein. Betriebsleiter, SED- und Gewerkschaftsbonzen passen auf, daß sich kein Arbeiter vor diesen „freiwilligen" unentgeltlichen Arbeitseinsätzen drückt. Wer nicht schwerwiegende persönliche oder familiäre Gründe anführt, daß er an dem dafür angesetzten Tag an dem Arbeitseinsatz nicht teilnehmen kann, der muß an einem anderen Tag unentgeltliche Überstunden leisten!

Hauptsache Westgeld

Folgende Geschichte kursiert unter den Werktätigen der DDR: SED-Chef Honecker kommt von einem Besuch aus der Bundesrepublik zurück. Fragt ihn Willi Stoph: „Nun, Erich, wie war es in der BRD?" Darauf Honecker: „Eigentlich wie bei uns. Wenn man Westgeld hat, kann man alles kaufen."

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Kaufhaus-Beschäftigte streikten

Etwa 800 Belegschaftsmitglieder der Kaufhäuser Hertie, Wertheim, Kaufhalle, Beamten-Einkauf und Neckermann in Kaiserslautern legten am Dienstag für eine Stunde die Arbeit nieder. Sie zeigten damit ihre Bereitschaft, gegen einen drohenden Lohnraubabschluß zwischen Kaufhaus-Bossen und HBV-Bonzen bei den jetzigen Lohnverhandlungen zu kämpfen. Auch in den vergangenen Jahren hatte der HBV-Apparat extrem niedrige Lohnerhöhungen ausgehandelt. Dadurch stehen die Beschäftigten der Kaufhäuser, zu denen hauptsächlich Frauen gehören, auf einem vergleichsweise sehr niedrigen Lohnniveau.

Lohnbetrug in Bayern

Wie die „Staatliche Entgeltungsüberwachung" in Bayern mitteilte, mußte sie in den 26 Jahren ihres Bestehens insgesamt 20,6 Millionen DM Lohnnachzahlungen an Heimarbeiter eintreiben, davon allein im letzten Jahr knapp 2 Millionen, die 12.400 bayrischen Heimarbeitern vorenthalten worden waren. Das sind die offiziellen Zahlen. Allein die Existenz dieser „Entgeltungsüberwachung" deutet darauf hin, wie elend die Lage der Heimarbeiter ist, die für oftmals unvorstellbar niedrige Löhne ihre Akkord-Arbeit verrichten. Wenn man dann noch ins oberfränkische Gebiet geht, so liegen die Löhne allgemein um 30 Prozent (!) unter den Löhnen im übrigen Bayern. Dieses Gebiet blutet immer mehr aus, weil die Landbevölkerung, vor allem Jugendliche, wegziehen, um bessere Arbeitsbedingungen zu finden. Nutznießer dieser Verhältnisse sind die kapitalistischen Auftraggeber der Heimarbeiter, die sich an deren Plackerei unermeßlich bereichern. Aber für diese ganz „legale" Ausbeutung hält der Kapitalismus keine „Entgeltungsüberwachung" bereit.

Bremer Hafen: Die Willkür herrscht

Die Lage der Schichtarbeiter in Bremen, zum größten Teil Werft- und Hafenarbeiter, ist Gegenstand einer Untersuchung der Bremer Universität gewesen. Was sie zu Tage förderte, hat selbst die bürgerlichen Politiker aufgeschreckt, die sofort alle möglichen Maßnahmen zur Abhilfe versprachen.

Die befragten Arbeiter klagten den extrem hohen Leistungsdruck und das enorme Arbeitstempo an, das zur körperlichen und nervlichen Zermürbung und auch immer wieder zu Unfällen führe. Unerträglich sind die Belastungen durch das Schichtsystem. Die Hafenarbeiter sind hier der Willkür der Hafen- und Werft-Bosse ausgeliefert. Allein in Bremerhaven hat nur jeder siebte Arbeiter einen einigermaßen feststehenden Schichtplan. Viele erfahren erst nach Schichtbeginn, auf welchem Schiff sie eingesetzt werden, welches Ladegut vorliegt, in welcher Gruppe sie arbeiten. Man muß prinzipiell bereit sein, seinen Zeitplan umzustoßen, den Schichtrhythmus kurzfristig zu durchbrechen, und oft wird man auch zu Nachtschichten und Überstunden verpflichtet. Diese Unstetigkeit der Arbeitszeit und Verlängerung der Normalarbeitszeit führt in besonderem Maße zum Raubbau an der Gesundheit der Arbeiter.

RGO-Gruppe gegründet

Auf der Duisburger Kupferhütte gibt es seit dem 1. Juni eine RGO-Betriebsgruppe. Bei den Betriebsratswahlen hatten die Kollegen die Kandidatur eines revolutionären Kandidaten durchgekämpft, der dann mit 38,3 Prozent gewählt wurde. Mit der jetzt erfolgten Gründung der RGO-Betriebsgruppe hat die Belegschaft eine sichere Stütze im Kampf gegen die geplanten Massenentlassungen auf der Hütte.

Kita-Mitarbeiter: Ein erster Erfolg

Mit Polizeieinsatz war die Stadt Frankfurt im März gegen Eltern und 180 Erzieher vorgegangen, die die Schließung von Kindertagesstätten hatten verhindern wollen. Weil sie sich nicht innerhalb von drei Tagen von ihren Kindern hatten wegreißen lassen wollen, waren 22 Sozialarbeiter von der Stadt fristlos gekündigt worden. In einem Arbeitsgerichtsprozeß mußte jetzt diese Kündigung für ungültig erklärt werden. Dieses Urteil ist ein Erfolg, der allein durch die Angst der Behörden vor der Empörung der werktätigen Bevölkerung zustande kam.

Aus „RGO-Nachrichten" Nr. 4

Große Zustimmung fanden die Wochenendschulungen, die die RGO in den letzten Wochen zum Thema „Betriebsverfassungsgesetz" (BVG) durchführte. Insgesamt rund hundert RGO-Betriebs- und Personalräte arbeiteten sich jeweils ein ganzes Wochenende in die rauhe Gesetzesmaterie ein. Unter juristisch geschulter und aus der Betriebspraxis versierter Anleitung diskutierten die anwesenden Kollegen lebhaft die Tücken und Probleme ihrer, für die meisten neuen, Arbeit als revolutionäre Betriebs- und Personalräte.

Aus ihrer meist noch kurzen Erfahrung als Betriebsrat brachten die Kollegen die verschiedensten Beispiele auf den Tisch. Beispiele von Schikanen, haarsträubende Vorfälle im Betriebsrat (nun nicht mehr hinter völlig verschlossenen Türen), aber auch Beispiele von bereits erfolgreich durchgeführten Aktionen mit den Kollegen, von der gemeinsamen Durchsetzung von Forderungen. Einig waren sich die Teilnehmer in der Bewertung der Wochenendschulungen: „Wir haben viel gelernt. Jetzt können wir noch besser, noch klarer an die Bewältigung unserer Aufgaben als revolutionäre Betriebsräte herangehen. Wir haben hier eine gute Grundlage bekommen, auf der wir gezielt weiter aufbauen können. Das müßte die RGO auch zu anderen Themen so oft wie möglich durchführen."

Da hilft auch keine Umfrage!

Sein lädiertes Ansehen versuchte der DGB-Apparat durch eine Umfrage aufzupolieren, die ermitteln sollte, was die Bundesbürger von „ihrer" Gewerkschaft halten.

Die Betriebsratswahlen haben dem DGB-Apparat so manche Niederlage beigebracht, nicht zuletzt durch die RGO, und auch die unsauberen Praktiken, mit denen die Bonzen des DGB oftmals ihrer Niederlage zu entgehen suchten, ist bei den Kollegen in schlechtester Erinnerung. Also mußte bewiesen werden, wie „beliebt" doch in Wirklichkeit der DGB-Apparat bei den „Bürgern" ist.

Was soll man aber zu der Frage sagen, „ob die Gewerkschaften in der heutigen Zeit notwendig sind, oder ob man ohne sie auskommen kann". Die ganz natürliche Forderung jedes Werktätigen nach einer Gewerkschaft wird hier geschickt ausgenutzt, um die Politik des arbeiterfeindlichen DGB-Apparats zu decken. Kein Wunder, daß nur vier Prozent „die Gewerkschaften" ablehnten. Aber werden die Fragen konkreter, kommt die Wahrheit ans Licht. 53 Prozent der Befragten und 59 Prozent der DGB-Mitglieder unter ihnen waren der Meinung, daß die DGB-Gewerkschaften nicht genug getan haben, damit Frauen genauso viel verdienen wie die Männer. Unter den Frauen meinten das sogar 66 Prozent! Mit Recht!

Aber auch, daß 44 Prozent aller Befragten und 51 Prozent der DGB-Mitglieder unter ihnen die Form der Mitbestimmung, bei der die Gewerkschaftsvertreter vom Apparat eingesetzt und nicht von unten gewählt werden, kritisieren, zeigt, wie groß — trotz noch bestehender Illusionen — die Opposition gegen die Mitbestimmungspolitik des DGB-Apparats ist. Alles in allem, mit dem Ergebnis dieser Umfrage kann sich der DGB-Apparat nicht schmücken!

Regierung und Unternehmer sind sich einig

Berufsgrundbildungsjahr wird nicht voll angerechnet!

Kaum hat die Bundesregierung durch einen neuen Gesetzentwurf verkündet, daß das vor einem Jahr in einigen Ländern eingeführte Berufsgrundbildungsjahr nicht in allen Fällen voll auf die Ausbildung angerechnet werden soll, da kommt der Bundesrat mit einem Gegenentwurf. Danach soll die Anrechnung des Berufsgrundbildungsjahres noch mehr eingeschränkt werden. Und die Regierung hat schon zu erkennen gegeben, daß sie bereit ist, diesen Gegenentwurf zu akzeptieren.

Mit großem propagandistischem Aufwand hatte man das Berufsgrundbildungsjahr als Übergang von der Schule zur Berufsausbildung eingeführt. Daß es nichts als Betrug ist, haben viele Jugendliche schon daran gemerkt, daß der Unterricht überhaupt nicht so angelegt ist, daß man auch nur annähernd von einer Grundausbildung sprechen könnte. Dementsprechend interessiert auch keinen Lehrherrn das Zeugnis, das einem nach diesem Jahr ausgehändigt wird. Aber das Versprechen der Regierung war ja gewesen, daß man als Jugendlicher hier eine bessere Voraussetzung bekommen könnte, einen Ausbildungsplatz und später Arbeit zu finden.

Nun, inzwischen hat sich das längst als Lüge erwiesen. Die wenigsten Jugendlichen finden nach dem Jahr einen Ausbildungsplatz. Erbittert stellen sie fest, daß das Berufsgrundbildungsjahr nur ein Hinauszögern ihrer Arbeitslosigkeit ist. Für ein Jahr ist man „beschäftigt" und taucht nicht in der Arbeitslosenstatistik auf. Aber auch für diejenigen, die tatsächlich einen Ausbildungsplatz finden, sollen die Probleme jetzt erst richtig losgehen. Bisher hieß es in der „Berufsgrundbildungs-Anrechnungsverordnung": „...ist für die Ausbildungsberufe der gewerblichen Wirtschaft die Anrechnung dieses Berufsgrundbildungsjahres auf die betriebliche Ausbildungszeit **als erstes Ausbildungsjahr (!)** geregelt."

Jetzt legte die Bundesregierung einen neuen Entwurf vor, nachdem in drei Fällen nur sechs Monate angerechnet werden sollen: So z. B. bei der Ausbildung von Verkäufern wegen der nur zweijährigen Lehrzeit. Allein dieses Beispiel zeigt, wes Geistes Kind dieser Gesetzentwurf ist, in wessen Interesse er ist. Es ist doch bekannt, was Auszubildende zu lernen haben: arbeiten, genauso wie die Ausgebildeten auch, oder in noch stärkerem Maße, aufräumen und Hilfsarbeiten machen. Das gilt in besonderem Maße für Verkäufer, wo wirklich nicht viel auszubilden ist.

Ein schlechter Witz ist es dann, wenn man behauptet, daß man nur sechs Monate auf diese Ausbildung anrechnen kann, weil sonst die betriebliche Ausbildung zu kurz sei. Dies ist das Argument der Kapitalisten selber, die die betriebliche Ausbildungszeit — sprich: Zeit der verstärkten Ausbeutung — möglichst weitgehend ausdehnen wollen.

Auch die Lehrlinge der Radio- und Fernsehtechnik sollen nur sechs Monate angerechnet bekommen. Und drittens: Wenn z. B. jemand sein Berufsgrundschuljahr als Chemielaborant ableistet, dann aber eine Lehrstelle als Chemiefacharbeiter annimmt, dann hat er nämlich den „Schwerpunkt" seiner Ausbildung gewechselt (von Laboratoriumstechnik zu Produktionstechnik) — auch dann sollen ihm nur sechs Monate zugute gehalten werden. Das ist eine besondere Unverschämtheit. Es liegt überhaupt nicht in der Freiheit des Schülers, die Ausbildungsstelle zu wählen. Er kann froh sein, wenn er überhaupt eine angeboten bekommt, egal, ob sie seinem Fach auf der Schule entspricht, die muß er dann auch annehmen. Er ist also gar nicht selber schuld an der „Änderung des Schwerpunkts" und muß dennoch dafür bezahlen. Mit diesem Gesetzentwurf wird das mit der Einführung des Berufsgrundbildungsjahres ursprünglich verbundene Versprechen der Regierung wieder weitgehend zurückgenommen. Für die Unternehmer aber offenbar nicht weitgehend genug. Der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) forderte ganz offen die Anrechnung von nur sechs Monaten auf ausnahmslos alle Ausbildungen!

In die gleiche Kerbe schlug auch der Bundesrat mit folgendem Entwurf: Bei allen zweijährigen Ausbildungen sollen nur sechs Monate angerechnet werden, zusätzlich auch noch bei den Kraftfahrzeug-Mechanikern. Außerdem soll der „Schwerpunktwechsel" nicht nur bei den zwei Berufsfeldern Chemie-Physik-Biologie und Ernährung-Hauswirtschaft mit der Sechs-Monate-Anrechnung bestraft werden, sondern in allen 13 Berufsfeldern! Aus dem Bundeswirtschaftsministerium hörte man, daß die Bundesregierung den Entwurf des Bundesrates wohl annehmen werde.

Immer mehr Lehrlinge erkennen, daß alle Bonner Parteien nur ein Ziel im Auge haben: die große Arbeitslosigkeit unter den Jugendlichen zu vertuschen und den Unternehmern die lange Ausbildungszeit als Zeit der verstärkten Ausbeutung zu erhalten. Für die Jugendlichen bedeutet das, daß der Zeitpunkt, zu dem sie anfangen, „echtes Geld" zu verdienen, immer mehr hinausgeschoben wird — wenn sie überhaupt eine Lehrstelle bekommen. Ihre berechtigte Forderung ist: volle Anrechnung des Berufsgrundbildungsjahres auf die Ausbildung!

Herabsetzung des Rentenalters

Judith betrügt die Stahlarbeiter

In einem Beitrag in den „Gewerkschaftlichen Monatsheften" hat IG-Metall-Vorstandsmitglied Rolf Judith eine bekannte Forderung aufgegriffen: die Herabsetzung des Rentenalters für Stahlarbeiter in Warmbetrieben auf 55 Jahre. Der Kampf um diese Forderung steht schon lange an. Die Stahlarbeiter in den Warmbetrieben werden in ihrer Gesundheit durch die enorme Hitze, den Qualm und die zermürbende „Conti-Schicht" (Wechselschicht im Sieben-Tage-Rhythmus) außerordentlich angegriffen und ruiniert. Wie oft kommt es vor, daß Kollegen, durch die jahrelangen Strapazen ausgelaugt, gar nicht mehr das Rentenalter erreichen.

Für die Stahlarbeiter in den Warmbetrieben hat deshalb diese Forderung ihre besondere Berechtigung, aber auch für alle anderen Arbeiter hat die gestiegene Arbeitshetze zu höherem physischen und nervlichen Verschleiß geführt und rechtfertigt die Forderung nach einer Verkürzung der Lebensarbeitszeit. Deshalb hat die Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition, neben dem Kampf gegen die mörderische Arbeitshetze, von Anfang an die Forderung „Für die Herabsetzung des Rentenalters auf 60 Jahre für Männer (bei Schwerarbeitern auf 55 Jahre) und auf 55 Jahre bei Frauen (Schwerarbeiterinnen auf 50 Jahre) bei sofortiger Zahlung der vollen Rente" in ihr Aktionsprogramm aufgenommen.

Wenn sich jetzt aber die Bonzen des IGM-Apparats für diese Forderung stark machen, hat das seinen besonderen Grund. Wie Judith in seinem Artikel ausdrücklich betonte, gehen nämlich die Unternehmer selber schon daran, Kollegen vorzeitig, mit 57 Jahren, über „Sozialpläne" auf Rente zu schicken. Natürlich machen sie das nicht aus Menschenliebe, sondern aus der einfachen Überlegung heraus, daß sie auf die älteren Kollegen gerne verzichten können, weil ihnen ja durch die hohe Arbeitslosigkeit genügend junge, „unverbrauchte" Arbeitskräfte zur Verfügung stehen. Kaltblütig wollen sie die älteren Kollegen zum alten Eisen werfen, weil sie ihnen nicht mehr genügend Profit einbringen (siehe RM 45/77).

Ihr Plan ist es deshalb, durch eine Senkung des Rentenalters die älteren Kollegen früher loszuwerden und die Kosten dieser Reform den Arbeitern selbst aufzubürden. Judith gab nun mit seiner „Forderung" dem Arbeitsminister Ehrenberg das Stichwort: Die Herabsetzung des Rentenalters, so Ehrenberg, sei durchaus denkbar, wenn — eine „Besserung des Beitragsaufkommens der Rentenversicherung" gewährleistet sei! Auf deutsch: Die Rentenbeiträge der Arbeiter sollen erhöht werden, um die entstehenden Kosten zu finanzieren. Skrupellos wird hier von den Arbeitern gefordert, durch Verzicht auf einen Teil ihres Reineinkommens ihre eigene, vorgezogene Rente zu finanzieren. Heimtückisch spekuliert man darauf, daß die Arbeiterschaft sich dadurch in Rentenempfänger und Beitragszahler spalten läßt.

Judiths Rolle besteht gerade darin, daß er der Regierung die Möglichkeit gab, diesen spalterischen „Lösungsvorschlag" in die Diskussion zu bringen. Natürlich findet der IGM-Apparat kein Wort des Protestes, im Gegenteil, die Politik der „sozial-liberalen Koalition" wird von den IGM-Bonzen gerade als Ergänzung zur gewerkschaftlichen Tarifpolitik propagiert.

Auch in einem anderen Punkt zeigt sich die Rolle, die Judith spielt. Die RGO kämpft dafür, daß nach Herabsetzung des Rentenalters **sofort** die **volle** Rente gezahlt wird und nicht etwa die Kosten auf die Höhe der Rente angerechnet werden. Auch hierzu schweigt sich Judith aus, auch das nimmt der IGM-Apparat hin. Nichts zeigt deutlicher, daß der IGM-Apparat ein Erfüllungsgehilfe der Stahlmonopole bei ihren Angriffen auf die Stahlarbeiter ist. Auf diesen Apparat können sich die Stahlarbeiter auf keinen Fall stützen, wenn sie ihre Forderungen durchsetzen wollen. Für sie gibt es nur die Perspektive, mit der Revolutionären Gewerkschafts-Opposition für ihre Forderungen zu kämpfen.

Rationalisierung bei der Post:

Es geht um 30.000 Arbeitsplätze!

Auch bei der Deutschen Bundespost hält die Mikroelektronik Einzug. Aber auch bei diesem staatlichen Unternehmen dient die Einführung fortgeschrittener Technik nicht zur Erleichterung der Arbeit, sondern allein der Erhöhung der Profite. Deshalb rollt auch hier der größte Rationalisierungsfeldzug an, durch den 30.000 Beschäftigte ihren Arbeitsplatz verlieren sollen.

Aber genauso viele Arbeitsplätze sind in den vergangenen Jahren schon wegrationalisiert worden, während die Ausbeutung in die Höhe geschraubt wurde. „Der Blitzbrief", die Betriebszeitung der KPD/ML für die Kollegen bei der Post in Kiel, schreibt dazu in seiner jüngsten Ausgabe: „Das ist doch kaum möglich, wird mancher Kollege sagen. Wir schaffen die Arbeit ja so kaum... 12 Prozent der Arbeitsplätze der Oberpostdirektion Kiel wurden im vergangenen Jahr vernichtet, während das Arbeitsaufkommen um 20 Prozent stieg! Durch die gesteigerte Ausbeutung der Arbeiter, Angestellten und kleinen Beamten sind die Staatskapitalisten bei der Post längst aus den roten Zahlen heraus. Der Fernmeldebereich hat's gebracht. Aber die geplante Rationalisierungswelle stellt alles in den Schatten! Nach offiziellen Angaben der Gewerkschaft werden fast 30.000 Kollegen ‚eingespart' in den nächsten vier Jahren. 1.000 sind es bei uns in Kiel!"

Ähnlich wie in der Druckindustrie steht jetzt auch bei der Post die Umstellung auf Mikroprozessoren bevor. So soll bis 1980 die Einführung des neuen elektronischen Datenvermittlungssystems EDS im Telexdienst abgeschlossen sein. Und bis 1980/81 soll damit ein Datennetz für die Datenübertragung aufgebaut sein. Das bringt natürlich immense Profite. Auf der anderen Seite arbeitet die Post, zusammen mit interessierten Firmen, an der Entwicklung eines Fernmeldedienstes für die Textübertragung. Damit werden Datensichtgeräte, Dialogterminals und Schreibautomaten auch in kleineren Ämtern und Büros einziehen. Und der Briefverkehr — wird stark eingeschränkt. Diese Entwicklung soll auf dem Rükken der Briefträger ausgetragen werden. Sie bekommen keinen anderen Arbeitsplatz bei der Post, sondern sollen auf die Straße geworfen werden. Daran ändert sich auch nichts dadurch, daß die Post ein Staatsbetrieb ist. Alle Märchen vom Schutz vor der kapitalistischen Willkür durch Verstaatlichung der Betriebe werden durch dieses Beispiel schlagend widerlegt.

Die Bonzen der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) sind schon lange über die Rationalisierungspläne informiert. „Der Blitzbrief" schreibt: „Hat die DPG uns darüber informiert? Erklärt, daß es für viele von uns um die nackte Existenz gehen wird? Die Praktiken des Bundespostministeriums enthüllt? Kampfmaßnahmen vorgeschlagen? Nein, natürlich nicht. Einzig und allein ein ‚Seminar',wurde bis jetzt durchgeführt."

Wenn die Post-Beschäftigten den Kampf um die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze führen wollen, dürfen sie sich nicht auf den Apparat der DPG stützen. Sie müssen sich in der Revolutionären Gewerkschafts-Opposition zusammenschließen und den Kampf in ihre Hände nehmen. Als ersten Schritt in diesem Kampf ruft „Der Blitzbrief" die Kollegen auf: **Fordert Offenlegung aller Rationalisierungspläne!**

Wilhelmshaven:
Leffers gescheiterter Angriff auf revolutionären Betriebsrat

Liebe Genossen!

Mit allen Mitteln versucht die Geschäftsleitung vom Kaufhaus Leffers in Wilhelmshaven die Entlassung bzw. Nichtübernahme nach der Lehre des oppositionellen Betriebsrats zu betreiben. Der kämpferische Kollege war am 9. 5. auf der Liste „Frischer Wind" von 34,2 Prozent seiner Kollegen in den Betriebsrat gewählt worden. Am 30. 5. übergab er der Geschäftsleitung einen Antrag auf Übernahme nach seiner Lehre, die Mitte Juli endet. Begründet wird der Antrag nach § 78 a, Absatz 2 des BVG, der für diesen Fall eine Weiterbeschäftigung garantiert. Die Geschäftsleitung weigerte sich aber sogar, die Vorlegung auf der Kopie zu bestätigen. Mittlerweile liegt er ihnen aber notariell vor. Am 22. 6., nach einer Jugendversammlung, in der sich die Kandidaten zur Jugendvertreterwahl vorgestellt haben, geschah folgendes: Der Wahlvorstandsvorsitzende für die JV-Wahlen, ein reaktionäres Betriebsrats-Mitglied, beendete offiziell die Jugendversammlung. Warum, das sollte der revolutionäre Betriebsrat, der ebenfalls als Wahlvorstandsmitglied an der Jugendversammlung teilnahm, bald merken! Die Jugendlichen wurden nämlich gebeten, noch etwas im Raum sitzen zu bleiben, da der Seniorchef einige Worte an sie richten wollte. Eduard Leffers kam herein, sah als ersten den „Frischen Wind" und fing auch schon an zu schreien, er möge sofort verschwinden. Dieser erwiderte, daß er doch Mitglied des Wahlvorstandes für die JV-Wahlen sei und ein Recht hätte, anwesend zu sein. Doch der Seniorchef pochte auf sein Hausrecht, entgegnete, daß die Besprechung „privat" sei. Er wollte mit den „jungen Menschen" reden, und das hätte nichts mit der Wahl zu tun. Außerdem sei er dazu eben nicht eingeladen und solle augenblicklich den Raum verlassen.

Doch was dieser feine Herr Leffers auf der Jugendversammlung oben in einer Dreiviertelstunde den Jugendlichen vorgegeifert hat, war noch viel „umwerfender"! Sofort in der Mittagspause kamen Jugendliche zum revolutionären Betriebsrat, um ihm alles zu berichten. Eine solche Hetztirade hätten sie weder erwartet noch jemals erlebt. Der Seniorchef habe mit hochrotem Kopf vor ihnen gesessen und den Kollegen Betriebsrat zum Feind Nummer eins erklärt: „Der Flegel hat die Geschäftsleitung, den Betriebsrat und die Gewerkschaft verleumdet in seiner ‚Persönlichen Erklärung'. 75 Jahre ist der Betrieb vorbildlich gelaufen, jetzt kommt der da und hetzt gegen alles. Aber Sie wissen ja, aus welcher Ecke der kommt. Mit demokratischem Rechtsstaat hat der nichts im Sinn", so etwa waren seine Worte. Aber es ging noch weiter: Er, Leffers, wüßte ja noch nicht, wie das Arbeitsgericht entscheide, aber er werde alles in seinen Mitteln stehende tun, um ihn nach der Lehre rauszuschmeißen. Er habe ja viele Beziehungen.

Als er danach noch das Programm in Ausschnitten vorlas — und indirekt Werbung dafür betrieb — hatte er sich vollständig lächerlich gemacht: Denn über den ersten Punkt, den er als „vorbildlich" vor den Jugendlichen darstellen wollte, die „Verbesserung des Arbeitsschutzes und der Unfallordnung", mußte er sich eines besseren von ihnen belehren lassen, da die Feuertüren in der Tat Tag und Nacht abgeschlossen sind! Aber nicht nur hier lief er auf. Ihm ging es darum, die Jugendlichen, unter denen es immer mehr gärt gegen die Einschüchterung und Unterdrückung der Geschäftsleitung, einzuschüchtern und in die Resignation zu treiben. Vor allem diejenigen, die mit dem „Frischen Wind" sympathisieren. Speziell sprach er zwei Jugendliche an, die zusammen auf einem fortschrittlichen Programm für die Jugendvertreterwahl kandidiert hatten. Dem einen hielt er vor, er solle doch dankbar sein, daß er hier im Betrieb eine Lehrstelle gefunden habe, sonst würde er jetzt ungelernt auf der Straße liegen.

Die Antwort der Jugendlichen: Genau dieser Kandidat wurde bei der Jugendvertreterwahl am 29. 6. mit elf von 19 Stimmen zum Jugendvertreter gewählt. Und sein Kollege, der mit ihm auf dem gemeinsamen Programm kandidiert hatte, wurde mit sieben von 19 Stimmen als Ersatzmann gewählt.

Rot Front
ein Wilhelmshavener Genosse



Betriebsversammlung — Bosch-Siemens-Hausgerätewerk Westberlin

Am 23. 6. war Betriebsversammlung. Der Bericht der Werksleitung sprach von der „rosigen Absatzlage" für Waschmaschinen. Sie sei sogar derart rosig, daß unbedingt mehr und schneller produziert werden müsse, damit die Künden nicht flöten gingen.

Der Bericht des Betriebsrats schilderte die Situation fast genauso rosig. Darauf, was die „rosige Lage" für die Kollegen bedeutet, ging er nicht ein.

Das machten dafür die drei oppositionellen Betriebsräte der Liste drei um so deutlicher. 1. Sie zeigten an Beispielen konkret auf, daß die „rosige Absatzlage" für die Kollegen Stückzahlenerhöhung und damit Steigerung der Akkordhetze bedeutet hat und bedeutet. Sie forderten: Wenn schon Stückzahlenerhöhung an den Bändern, dann so viel neue Plätze, daß für die Kollegen keine Mehrbelastung entsteht. 2. Sie entlarvten das Vorhaben der Werksleitung, in der Urlaubszeit, wo nur eine Schicht arbeitet, aus diesen Kollegen jeden Tag eine Überstunde herauszuholen. Sie sagten klar, daß sie dazu im Betriebsrat ihre Zustimmung nicht geben werden.

Das fand bei den Kollegen Zustimmung. Direktor Pöpel versuchte zu retten, was zu retten war: „Sie tragen absichtlich Unruhe unter die Belegschaft." Aber auf die konkreten Forderungen ging er natürlich nicht ein.

Die drei Betriebsräte deckten auf der Betriebsversammlung weiterhin das scheinheilige Verhalten der IGM-Bonzen an zwei Punkten auf.

1. Im Bosch-Siemens-Hausgerätewerk führen die Bonzen seit Jahren für deutsche und türkische Kollegen getrennte Betriebsversammlungen durch. „Aus organisatorischen Gründen." Kollegen hatten schon einmal Unterschriften für eine gemeinsame Betriebsversammlung gesammelt, auch auf der letzten Versammlung war diese Forderung von den Betriebsräten der Liste drei erhoben worden (es ist eine Forderung ihres Wahlprogramms für die Betriebsratswahl). Auf dieser Versammlung nun geben die Bonzen bekannt, daß die nächste eine gemeinsame sein wird und sie tun so, als hätten sie es schon immer gewollt, bloß sei es nicht möglich gewesen. Dazu muß man aber eben wissen, wie die drei Betriebsräte aufzeigten, daß ihr erneuter Antrag auf einer Betriebsratssitzung von den Bonzen abgelehnt wurde, aber zwei Minuten später der Ausschuß des Betriebsrats aufgefordert wird zu prüfen, wie und wo die nächste Betriebsversammlung durchgeführt werden soll. Offensichtlich halten die Bonzen es mittlerweile für klüger, eine gemeinsame Betriebsversammlung durchzuführen. Aber natürlich konnten sie den Antrag der oppositionellen Betriebsräte nicht annehmen.

2. Es dreht sich um die Vorarbeit für die drei Tage zwischen Weihnachten und Neujahr. Bonze Kahl sagte in seinem Bericht, „daß die Vorarbeit zwischen Werksleitung und Betriebsrat im Gespräch sei". Dazu muß man aber wissen — was schon im „Roten Gartenfelder", Betriebszeitung der KPD/ML, stand — daß die Bonzen als treue Lakaien der Kapitalisten nur alle möglichen Argumente gegen die Vorarbeit im Betriebsrat angeführt haben, als die drei Betriebsräte, dem Wunsch der Kollegen entsprechend, den Betriebsrat zu Verhandlungen mit der Geschäftsleitung über die Vorarbeit aufforderten. Verhandlungen konnten sie natürlich nicht ablehnen. Aber es kam nichts dabei heraus. Wenn es jetzt plötzlich heißt, daß die Vorarbeit im Gespräch ist, so zeigt das, daß sie Angst haben, ihr Gesicht zu verlieren.

Mittlerweile ist bekannt: 1. Zwischen Betriebsrat und Werksleitung ist vereinbart worden, daß die drei Tage vorgearbeitet werden. 2. Der Betriebsrat hat die Überstunden während der Urlaubszeit abgelehnt. Dies ist ebenso wie die nächste gemeinsame Betriebsversammlung ein Erfolg für die Belegschaft und für die Betriebsräte der Liste drei.

Ein Kollege von Bosch-Siemens-Hausgerätewerk

Giftgasunfall:
Nur die Spitze eines Eisbergs

Nach dem schweren Giftgasunfall im Hamburger Hafen, bei dem 34 Arbeiter verletzt wurden, liegt immer noch ein ausländischer Kollege im Krankenhaus. Zeitweilig war sein Zustand so ernst, daß keine Hoffnung mehr für ihn bestand. Ungeachtet dessen wurde offiziell die Schuld an dem Unfall dem Staplerfahrer in die Schuhe geschoben. Er habe das Faß mit dem Giftgas aus zu großer Höhe herabfallen lassen. Kollegen des Hafens erklärten dazu: „Das ist dummes Zeug! Die Tonnen haben fünf Millimeter starke Wände, die können unmöglich durch das Abladen beschädigt worden sein." Als Genossen sich die beschädigte Tonne ansahen, stellten sie fest, daß die Risse nur dadurch zu erklären sind, daß die Tonne alt und verrottet war. Daß so etwas denkbar ist, zeigt folgende Korrespondenz, die über die Zustände im Hafen berichtet:

Liebe Genossen!

Ich arbeite selber in einer Stauerei im Hamburger Hafen und sehe jeden Tag, wie mit der Gesundheit der Hafenkollegen umgegangen wird.

— Eine besonders gefährliche Arbeit ist das Laden von Rohren, hier ereignen sich viele Unfälle. Schon als wir auf das Schiff kommen, hören wir von einem Unfall, bei dem sich ein Arbeiter den Fuß mehrmals gebrochen hat. Wir sollen Bohrgestänge, das etwa zehn Meter lang ist, in eine Luke, deren Öffnung acht Meter breit ist, laden. Die Rohre müssen also schräg und verkantet hereingelassen werden und schlagen unten wie wild umher. Nach einer Stunde, wir rollen noch Rohre unter Deck, da kommt schon die nächste Hieve herein. Alle Kollegen springen zur Seite, doch einer rutscht auf den geölten Rohren aus und bekommt eine Hand zwischen die Lukenwand und die Rohre. Im Krankenhaus mußte der rechte Mittelfinger abgenommen werden.

Fast alle Arbeitsunfälle sind die Folge der ungeheuren Arbeitshetze im Hafen. Da wird nicht gewartet, bis die Arbeit in der Luke beendet ist, weil noch soundso viel Tonnen geladen werden müssen, so war das beim Rohreladen.

Doch es gibt im Hafen eine Institution, die die Einhaltung der Sicherheitsbestimmungen überwacht, nämlich die Berufsgenossenschaft. Doch wenn sie erscheint, hat man den Eindruck, sie überwacht nur, ob die Arbeiter ihre Schutzhelme tragen, und falls nicht, Strafen verhängt. Die fehlende Sicherheit, angefangen von der Gangway bis zum Ladegeschirr wird nur selten bemängelt.

Nun war der Kollege, der seinen Mittelfinger verlor, wegen des Unfallberichts bei der Berufsgenossenschaft. Die Umstände, die zum Unfall führten, interessierten diese Herren dabei nicht so sehr wie die Frage, ob der Kollege Sicherheitsschuhe und -helm getragen hat. Zum Schluß fragte der Kollege, ob ihm eine Entschädigung oder ähnliches zustehe. Naturlich stehe ihm dies zu, und zwar beim Verlust des Mittelfingers fünf Prozent Rente. Doch ausgezahlt wird diese Rente erst ab 20 Prozent, das heißt, wenn der Daumen fehlt (20 Prozent), oder der Zeigefinger (10 Prozent) und zwei andere Finger oder die ganze Hand (25 Prozent). Das ist wirklich makaber, der Kollege bekommt nur dann Geld, wenn er auch noch weitere zwei Finger verliert.

Rot Front!
Ein Hamburger Genosse aus dem Hafen

Betriebsstillegungen

SEL: Mit Privatpolizei mußten sich Aktionäre schützen

Neue Einzelheiten über die Übernahme des Rastätter SEL-Werkes durch die Becker Autoradio GmbH wurden jetzt bekannt. Von den 900 Beschäftigten, die von der Schließung des Betriebes betroffen sind (hauptsächlich Frauen), will Becker nur 100 übernehmen. Kurz vorher hatte Becker noch erklärt, er wolle das Werk erst nach der Schließung aufkaufen, um keine Verpflichtungen gegenüber der Belegschaft auf sich nehmen! Zu den 900 Beschäftigten sind zusätzlich 2.700 Menschen durch die Schließung in ihrer Existenz bedroht. Das wurde auf der Protestkundgebung anläßlich der Aktionärsversammlung von SEL vom 28. 6. bekannt. In arroganter Weise ließ der Vorstand uniformierte Kräfte des SEL-Werkschutzes und eines Ludwigsburger „Sicherheitsdienstes" auffahren, um die Versammlung vor den empörten Werktätigen zu schützen. Diese Privatpolizei löste bei den Kollegen Vergleiche mit dem faschistischen Putsch in Chile aus, den der amerikanische ITT-Konzern (damalige „Muttergesellschaft" von SEL) mitfinanziert und vorbereitet hatte. IG-Metall-Vertreter im Aufsichtsrat von SEL, Gerd Kühl, gab sich „radikal". Er werde, versicherte er, auf der Aufsichtsratssitzung unter dem Tagesordnungspunkt „Verschiedenes" die geplante Schließung zur Sprache bringen.

Nordmende: Was nicht in der Zeitung stand

Am 16. 6. berichteten die „Bremer Nachrichten", daß „Nordmende" in Bremen die Produktion von Schwarz-Weiß-Fernsehern nach Singapur verlegen will. Außerdem soll die Fertigung im Werk Sittensen nach Bremen verlegt werden. Wie die Zeitung behauptet, sollen die 550 Beschäftigten in Bremen einen Arbeitsplatz angeboten bekommen. Was die Zeitung verschweigt: In Sittensen arbeiten vornehmlich Frauen aus einem großen Einzugsgebiet, deren Familien sich dort niedergelassen und in den meisten Fällen sich ein Haus gebaut haben. Die Frauen arbeiten gerade wegen der Baukosten mit. Nicht nur wird der Arbeitsplatz jetzt nach Bremen verlegt, auch kommen von den 550 Beschäftigten nur 300 in Bremen unter. In übler Weise spekulieren die Kapitalisten darauf, daß einige Frauen wegen des langen Anfahrtsweges freiwillig auf einen Arbeitsplatz verzichten. Über die Schließung des Betriebs wurden die Beschäftigten erst Ende Mai, Anfang Juni auf einer Betriebsversammlung unterrichtet.

Zwei Gipfel in Bremen — Europäisches Atomgegnerforum und EG-Gipfel

Volkskorrespondenz aus Bremen

Am Donnerstag und Freitag vergangener Woche hatten sich auf Einladung von Kanzler Schmidt im Bremer Rathaus die Staats- und Regierungschefs der neun EG-Staaten versammelt, um über Arbeitslosigkeit, Neuordnung des Währungssystems, Zahlungsbilanzschwierigkeiten, Fischerei- und Landwirtschaftsprobleme zu diskutieren und um die Marschroute für den Mitte Juli in Bonn stattfindenden Weltwirtschaftsgipfel abzustecken (siehe auch Seite 10).

Da sich für zwei Tage die höchsten Repräsentanten Westeuropas ein Stelldichein gaben, wurde hier natürlich Sicherheit ganz groß geschrieben. Schon seit Wochen waren in- und ausländische Stäbe insgeheim damit beschäftigt, die Innenstadt umzukrempeln und totale Sicherheit für die Herren vorzubereiten. Total abgesperrt wurde der Bereich um das Rathaus herum, Märkte und Parkplätze geschlossen, Urlaubssperre für alle Polizisten in Uniform und Zivil angeordnet. Insgesamt wurden laut offiziellen Berichten 1.200 Polizisten aufgeboten, um das leibliche Wohl der Spitzenpolitiker zu sichern. Verstärkt wurde dieses kleine Heer von Sicherheitskräften durch BGS und die Spezialeinheiten der GSG 9. Diese „Berufsschützer der Nation" waren diesmal nicht in Uniform, sondern hübsch getarnt in Zivil angetreten und in Dreier- und Vierer-Gruppen waren sie an jeder Ecke der Innenstadt anzutreffen. Jeder Polizist bekam ein Faltblatt mit den Konterfeis der Politiker, um sicherzugehen, daß die Regierungschefs ungehindert alle Absperrungen passieren konnten. Scharfschützen und Beobachtungsposten hatten auf dem Rathaus und den umliegenden Gebäuden Stellung bezogen. Straßenbahnen und Linienbusse wurden unauffällig von Sicherheitskräften besetzt, die auf „Verdächtiges" in den Wagen zu achten hatten.

Und nicht nur für die Sicherheit der Staatsgäste wurde mit deutscher Gründlichkeit gesorgt. Man sorgte sich in jeder Beziehung um den hohen Besuch. So wußte etwa die „Frankfurter Rundschau" am 4. 7. 78 zu berichten: „Besonders fürsorglich zeigte sich die Leitung der Bremer Straßenbahn. Ein Schmiertrupp wird die Schienen einer am Rathaus vorbeifahrenden Bahn zwei Tage lang so geschmeidig halten, daß kein Quietschen den Gipfel stört."...

Rund 400.000 DM kostete das ganze Spektakel. Allein für 150.000 DM wurden die Toiletten im Rathaus umgebaut. Speisen und Getränke verschlangen insgesamt 125.000 DM, eine Simultan-Dolmetscheranlage wurde für 35.000 DM installiert, 73.000 DM gingen drauf für Fernmeldegebühren und Pressearbeit. Die Bremer Bevölkerung ließ sich von diesem Ereignis nicht beeindrucken.

Zur gleichen Zeit fand ein Gegen-Gipfel statt. Europäische Atomkraftgegner hatten zu einem öffentlichen Hearing und zu einer Demonstration gegen Atomenergie und atomare Rüstung aufgerufen. Etwa 1.000 Atomgegner hatten sich am Vorabend des EG-Gipfels in der „Glocke" versammelt. Vertreter der Anti-Atomkraftbewegung aus Dänemark, Schweden, Frankreich, Holland, Italien und Brasilien berichteten von den Kämpfen gegen die Atompolitik ihrer Regierungen. Unter großem Beifall wurde die Inbetriebnahme der ersten Radiostation der Atomkraftgegner in Fessenheim/Elsaß bekanntgegeben. Berichtet wurde auch, daß die deutsche Presse systematisch Unfälle und miserable Sicherheitsbedingungen in der Wiederaufbereitungsanlage Hague in Frankreich verschweigt, wo auch deutsche Brennelemente gelagert werden. Der Vertreter Brasiliens ging auf das deutsch-brasilianische Atomgeschäft ein. Auch hier regt sich Widerstand gegen die Atompolitik der faschistischen Militärjunta. Nach dem Scheitern des Transamazonika-Projektes (Aufbau eines großen Straßennetzes im Amazonas-Gebiet) haben nun die Militärs das Atomprogramm forciert. Berichtet wurde auch über die allseits bekannte Zusammenarbeit des Bonner Staates mit den südafrikanischen Rassisten. Konzerne wie MAN, Siemens und Messerschmidt-Bölkow und die staatliche DSK mit Sitz in Karlsruhe und die STEAG (66 Prozent sind beim Bund) haben dafür gesorgt, daß Vorster und Co. eine Urananreicherungsanlage bekommen, daß die Rassisten jederzeit eigene Atomwaffen produzieren können. Wer in Südafrika gegen die Atompolitik Widerstand leistet, kann mit bis zu 20 Jahren Gefängnis bestraft werden.

Über 2.000 Atomgegner protestierten in der Innenstadt vor den mit mehreren Polizeiketten gesicherten Absperrungen am Rathaus gegen die Atompolitik der EG-Staaten. „Weg mit den nationalen Atomprogrammen!" „Keine Inbetriebnahme des Atomkraftwerks in Esensham."

„Terroristen" gegen Bundeswehr?

Volkskorrespondenz aus Hamburg

Wie die bürgerliche Presse in der letzten Woche meldete, wurden die Wachen bei der Bundeswehr kürzlich mit scharfer Munition ausgestattet. Begründung: Angeblich sei in nächster Zeit mit Terroranschlägen gegen die Bundeswehr zu rechnen. Daß unter diesem Vorwand nicht nur die obengenannte Maßnahme durchgeführt, sondern — zumindest in Teilen der Bundeswehr — regelrechte Kampagnen durchgeführt werden, schildert die folgende Volkskorrespondenz:

Mittwochabend, 21. 6. 78, Fußballspiel Westdeutschland-Österreich. Der OvWa (Offizier von der Wache) ruft an, daß die Munitions-Bunker verstärkt kontrolliert werden sollen. Das betrifft allerdings nur UVDs (Unteroffiziere vom Dienst) und GVDs (Gefreite vom Dienst).

Am nächsten Tag: Vor der Hauptwache der Flugbasis Sandsäcke, verstärkte Kontrollen. Es werden nicht nur, wie üblich, die Sonderausweise mit der Sicherheitsstufe kontrolliert, sondern auch die Truppenausweise. Kameraden ohne Truppenausweise werden zurückgeschickt.

Am Wochenende: Verstärkte Wachen. Gerüchteweise konnte man hören, daß den Wachen ein Bier versprochen wurde für den Fall, daß sie einen Soldaten ohne Truppenausweis erwischen.

Begründung für die ganze Angelegenheit: In Kiel sei eine konspirative Terroristenwohnung ausgehoben worden. Es seien dort Pläne über die Basis, die Munitionsbunker und eine Liste der Offiziere gefunden worden. Angeblich hätten die Terroristen Munition klauen wollen. Die Kameraden haben in dieser Zeit verstärkt die Nachrichten verfolgt und die Zeitungen gelesen und nichts von einer „Terroristen"-Wohnung in Kiel gehört oder gelesen. Und das, wo sonst auch das kleinste Ereignis in dieser Richtung aufgebauscht zur „neuesten



Demonstration gegen die verheerenden Zustände im Mädchenheim

Neues vom Birkenhof

Volkskorrespondenz aus Hannover

„Birkenhof Hannover — Hinter grauen Mauern und Stacheldraht" — das war der Titel einer Reportage über die „Geschlossene Anstalt für schwererziehbare Mädchen in Niedersachsen" im „Roten Morgen" Nr. 26/78. Enthüllt wurden die wahrhaft verbrecherischen Zustände in diesem von der Evangelischen Fürsorge- und Krankenanstalten e. V. geleiteten Heim. Berichtet wurde über den Kampf dagegen: Eine „Heiminitiative" hat sich gebildet, Dokumentationen wurden verkauft, zu einer Veranstaltung kamen ca. 1.000 Menschen. Jetzt erhielten wir einen Bericht darüber, was seitdem geschah: Neues vom Birkenhof.

Jetzt, wo die skandalösen Zustände im Hannoverschen Erziehungsheim „Birkenhof" ans Licht der Öffentlichkeit gebracht worden sind, springen sie alle im Dreieck — das Landesjugendamt, die Bezirksregierung, das Diakonische Werk, die Landeskirche, der Landesjugendwohlfahrtsausschuß usw. Da wird eine Kommission eingerichtet, „überprüft", ermittelt, eine Erklärung nach der anderen abgegeben. Doch vertuschen kann es keiner: Sie alle wußten Bescheid!

- Schon 1969 schrieb der Bruder eines Heimmädchens einen Brief an den Landtag. Das Mädchen wurde daraufhin aus dem Heim entlassen — damit war die Sache erledigt. Heute erklärt die Pressestelle des Landtags dazu: „Selbstverständlich hat sich die Landesregierung damals um die Vorwürfe gekümmert. Aber dem zuständigen Fachausschuß erschien die Stellungnahme der Regierung so überzeugend, daß die Angelegenheit als erledigt betrachtet wurde." Der eine schiebt es auf den anderen!

- Auch 1971 wurden Briefe geschrieben. Diesmal von einem Mädchen aus dem Birkenhof, die vier Briefe nach draußen schmuggeln konnte. Sie gingen an das Landesjugendamt. Reaktion gleich Null!

- Vor zwei Jahren erstellte bereits eine Gruppe von Studenten der Fachhochschule für Sozialpädagogik eine Dokumentation über den Birkenhof. Auch damals machten staatliche Stellen keinen Finger krumm.

- 1977 dann besuchte ein Vertreter des Landesjugendamtes Westberlin den Birkenhof und fertigte ein Protokoll an, aus dem ebenfalls deutlich wurde, welche Zustände in diesem Heim herrschen.

Dies alles zeigt, daß die Verbrechen an den Mädchen im Heim mit vollem Wissen und Billigung des Staates verübt werden. Wie zynisch klang doch die erste Presseerklärung der heimaufsichtsführenden Bezirksregierung am 21. 6.: „Die Bezirksregierung ist zu dem Ergebnis gelangt, daß das Wohl der im Birkenhof befindlichen Mädchen nicht gefährdet ist. Für besondere aufsichtsbehördliche Maßnahmen besteht keine Veranlassung." Jetzt, zwei Wochen später, wollen sie wieder eine Erklärung abgeben. Kein Wunder, hat die Bewegung und die Empörung gegen den Birkenhof doch weiter zugenommen.


Veranstaltung der „Heiminitiative", zu der ca. 1.000 Menschen kamen

Die Heiminitiative konnte bereits mehr als 5.000 Dokumentationen verkaufen. An einer Demonstration am Dienstag beteiligten sich rund 150 Jugendliche und am letzten Donnerstag fand eine von ca. 450 Menschen besuchte Veranstaltung im Hannoverschen Raschplatzpavillon statt.

Die Rote Garde Hannover unterstützt diesen gerechten Kampf. Mehrfach wurden Parolen an die Gefängnismauern des Birkenhofs gemalt, eine Ausstellung im Parteibüro angefertigt, die RG beteiligte sich mit eigenen Trageschildern an der Demonstration, verteilte innerhalb von drei Tagen 2.100 Flugblätter über den Birkenhof. Auf der Veranstaltung am Donnerstag wurde eine von der RG angefertigte Fotoausstellung über den Birkenhof gezeigt, die sehr großen Anklang fand. Da die RG Kontakt zu Mädchen im Birkenhof hat, konnte sie den Kampf der Heiminitiative auch mit einigen Informationen unterstützen. Außerdem hilft die RG mit, die Dokumentationen breit zu vertreiben. Der Kampf geht weiter!


Parolen der Roten Garde an der Mauer des Mädchenheims



Nachdem sie übermalt wurden, konnte man die neuen Parolen viel besser lesen.

– GEGEN REAKTION UND FASCHISMUS! –

Sonderpolizei in NRW — 1977 350 mal im Einsatz

„Sie schießen noch besser als die GSG 9" — so lautete am 4. Juli eine fette Überschrift auf der ersten Seite der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung" (WAZ). Gemeint waren die 250 Beamten des „Spezialeinsatzkommandos" der Polizei in Nordrhein-Westfalen.

Vor Innenminister Hirsch und Vertretern der Presse hatten sie Anfang Juli drei Stunden lang demonstriert, was sie gelernt haben. Und das sind laut „WAZ" Schußschnelligkeit, Reaktionsvermögen, Nahkampfeinsatz bis zum perfekten Sprengstoffanschlag"! Eine durch und durch militärische Ausbildung also. Und ganz im Stil eines Kriegsberichterstatters schreibt der „WAZ"-Reporter dann auch über eine der dargebotenen Übungen: „Die explodierende Granate setzt das Zeichen für das Attentat. Der gefährdete Wagen, Kennzeichen DO-DH 839, mit dem potentiellen Opfer im Fond bremst abrupt. Schleudernd und quietschend setzt sich ein grün-weißer Ford Granada der Polizei zwischen Rauchpilz und Dortmunder Fahrzeug. Beamte stürzen heraus, rollen am Boden ab, schießen noch im Liegen. Der Attentäter bricht getroffen zusammen. Vorbei." Kommentar von Innenminister Hirsch zu solchen und ähnlichen Übungen: „Ich bin voll und ganz zufrieden mit den Jungs." (!)

Übrigens sollte sich niemand der Illusion hingeben, daß man erst ein Attentat begehen muß, um mit dieser Bürgerkriegstruppe der Sonderpolizei in Berührung zu kommen. Es genügt vielmehr vollauf, an einer Demonstration teilzunehmen, um diese Truppe im Einsatz kennenzulernen. Das ergibt sich eindeutig aus den offiziellen Angaben der Polizei über den Einsatz des SEKs im vorigen Jahr. In dem bereits erwähnten „WAZ"-Artikel heißt es: „1977 kamen sie 350 mal bei Geldtransporten, Demonstrationen, Gefährdung von Objekten, zum Schutz von Staatsgästen und bei spektakulären Festnahmen zum Einsatz." Was heißt das anderes, als daß die Ausbildung dieser Sonderpolizeieinheit zu „Schußschnelligkeit, Reaktionsvermögen, Nahkampfeinsatz bis zum perfekten Sprengstoffanschlag" eine Ausbildung zum Bürgerkrieg gegen Werktätige ist? Und ruft man sich gleichzeitig in Erinnerung, daß das neue Polizeigesetz den tödlichen Schuß von Polizisten und den Einsatz von Handgranaten und Maschinengewehren gegen „eine Menschenmenge" in bestimmten Situationen ausdrücklich vorsieht, so kann man sich ausrechnen, daß es nur eine Frage der Zeit und der weiteren Verschärfung der Klassenkämpfe ist, wann diese Sonderpolizeieinheiten so blutig, wie sie es gelernt haben, gegen Demonstrationen und andere Aktionen der Werktätigen vorgehen werden.

Kämpfen wir deshalb für die Durchsetzung der Forderungen:

Auflösung der Sonderkommandos der Polizei!
Weg mit dem Todesschußgesetz!

Hamburger Antifaschistenprozeß
Die Anklage wegen „Landfriedensbruch" muß fallen!

Wie bereits mehrfach berichtet, findet gegenwärtig in Hamburg ein Mammutprozeß gegen neun Antifaschisten statt. Angeklagt sind sie, weil sie im Zusammenhang mit Protesten gegen eine Internationale Faschistenkundgebung am 7. 8. 1976 in Hamburg festgenommen wurden. Verhandelt wird im Staatsschutztrakt des Landgerichts — mit Trennscheibe, Polizeibewachung.

Ein gemeinsamer Anklagepunkt gegen alle neuen Antifaschisten lautet Landsfriedensbruch bzw. schwerer Landsfriedensbruch. Nach fast 20 Verhandlungstagen fordern die Angeklagten nun, diesen Punkt der Anklage fallenzulassen. Denn die bisherige Beweisaufnahme, auch die Vernehmung der Polizeizeugen, hat eindeutig ergeben, daß dieser Vorwurf des Staatsanwaltschaft völlig haltlos ist! Als im Oktober 1976 gegen die Faschistenkundgebung protestiert wurde, fand keine verbotene Ansammlung oder Demonstration statt. Ein solches Verbot wurde niemals ausgesprochen. Es gab auch keine Auflösungsverfügung durch die anwesende Polizei. Vielmehr ging die Polizei ohne Vorwarnung gewaltsam gegen die versammelten Antifaschisten vor. Nicht den Demonstranten, sondern der Polizei ist also der Vorwurf der Gewalttätigkeit zu machen. Deshalb ist es völlig absurd, ausgerechnet den Antifaschisten Landfriedensbruch oder sogar schweren Landfriedensbruch vorzuwerfen.

Ein klarer Fall also, sollte man meinen. Aber was antwortet der Staatsanwalt auf diesen — immerhin logisch begründeten — Antrag? Er erklärt: Der Vorwurf des Landfriedensbruchs stehe in der Anklageschrift. Es könne nicht darum gehen, jetzt das Plädoyer vorwegzunehmen. Wie angefangen worden sei, müsse auch weitergemacht werden. Und das Gericht schließt sich dem an! Es gibt noch nicht einmal dem Antrag statt, den Vorwurf des Landfriedensbruchs wenigstens einem Angeklagten gegenüber fallenzulassen, dem die Staatsanwaltschaft nichts anderes vorwarf und der weder durch die Anklageschrift noch durch die Polizeiaussagen im geringsten konkret belastet wurde!

Kann man bei einem solchen Vorgehen von Staatsanwaltschaft und Gericht annehmen, daß es tatsächlich ihre Aufgabe ist — wie sie immer betonen — die „Wahrheit zu finden"? Wohl kaum. Und so wächst auch bei den Zuschauern, die nach wie vor in großer Zahl diesen Prozeß besuchen, so wächst bei Freunden, Bekannten und Kollegen der Angeklagten die Empörung über diesen Prozeß, der ganz offenkundig kein anderes Ziel hat, als alle neun Antifaschisten zu verurteilen und hinter Gitter zu bringen.

Informationen über den Prozeß bei:

Thomas Koch, Lutterothstr. 97, 2 Hamburg 19, Tel.: 040/495435
Michael Weißfeld, Helsingborgerstr. 11, 282 Bremen, Tel: 6360968

Weitere Prozeßtermine:

13. 7., 21. 7., 22. 8., 23. 8., 29. 8., 5. 9., 11. 9.

Bremen: Veranstaltung der „Front gegen Reaktion und Faschismus"

Am 30. 6. fand in Bremen eine gut besuchte Veranstaltung der „Front gegen Reaktion und Faschismus" gegen den Hamburger Antifaschistenprozeß statt. Besucher der Veranstaltung bekamen zunächst einmal einen Schreck. Denn die Veranstalter hatten die Situation, in der der Hamburger Prozeß stattfindet, realistisch nachgestaltet und am Saaleingang einen „Polizisten mit MP" aufgestellt. Realistisch wurde auch das Verfahren selbst auf der Bühne nachgespielt: Richter mit Beisitzern, Staatsanwalt, Verteidiger und Angeklagter agierten hinter einer Trennscheibe (aus Plastiktuch) und die Veranstaltungsteilnehmer wurden zum Prozeßpublikum. Aus dem Publikum kamen viele empörte Zwischenrufe über die — realistisch nachgespielten — Unverschämtheiten des Gerichts. An diese Gerichtsszenen mit dem Höhepunkt der Vernehmung eines präparierten Polizeizeugen schloß sich eine Rede des aus Bremen stammenden Angeklagten Uwe Ruß über den Aufbau der Front gegen Reaktion und Faschismus an. Abschließend wurde der Film „Einer von uns" gezeigt. Die Sammlung, die die Rote Hilfe Deutschlands zugunsten der Angeklagten durchführte, erbrachte 320 DM.

Antifaschistische Aktionen in Bielefeld, Gütersloh und Detmold

Am 1. Juli wollten die „Jungen Nationaldemokraten" Stände und Kundgebungen in Bielefeld, Gütersloh und Detmold durchführen. Durch Proteste aus der Bevölkerung und Anträge auf Verbot der faschistischen Propagandaaktionen sah sich der Polizeipräsident gezwungen, die Kundgebungen zu verbieten. Die Faschisten wandten sich an das Oberverwaltungsgericht Münster. Wie das Gericht entschieden hatte, war dann noch am Morgen des 1. Juli unbekannt.



In Bielefeld schlossen sich die Antifaschisten am Morgen des 1. Juli zu einer spontanen Demonstration gegen die faschistischen Umtriebe zusammen.

Die Antifaschisten sammelten sich aber trotzdem an den geplanten Kundgebungsorten, weil nach den Erfahrungen mit der westdeutschen Justiz eine Aufhebung des Verbots wahrscheinlich war. In Gütersloh und Detmold war das auch tatsächlich der Fall. Lediglich in **Bielefeld** wurde die Faschistenkundgebung verboten. In **Gütersloh** sorgten etwa 350 Polizisten für den Schutz der Faschisten. Trotzdem traten ihnen eine Reihe von Antifaschisten, darunter Genossen der Roten Garde, entgegen und störten die Kundgebung mit Sprechchören, Farbeiern und Pfeifen. In **Detmold** waren die Faschisten ebenfalls von starken Polizeiketten geschützt. Antifaschisten, unter anderem auch aus Bielefeld, protestierten mit antifaschistischen Parolen gegen diese Provokation.

GSG 9 mit dem Segen der Kirche

„Berufsethische und seelsorgerische" Seminare unter der Leitung von Pfarrer Dr. Rolf Sauerzapf führt der BGS auf dem Schloß Schwanberg bei Kitzingen durch. Die Themen sind unter anderem: „Kann ein Christ mit gutem Gewissen Polizeivollzugsbeamter sein?" oder: „Subversive Tätigkeit in Staat, Gesellschaft und Kirche" usw. Jetzt war zum ersten Mal auch eine der vier Einheiten der GSG 9 zu einem solchen Seminar auf Schloß Schwanberg. Und zwar gerade diejenige Einheit, die in Mogadischu im Einsatz war! **Über die Ziele dieser Seminare und der „seelsorgerischen" Tätigkeit der Kirche hieß es ausgesprochen offenherzig in der „Kitzinger Zeitung" vom 18. 5. 78: „Wie das Thema auch heißen mag, alle Seminare dienen schließlich den Polizeibeamten, eine Entscheidung gegen den Staatsbürger X zu fällen, ob von der harmlosen Paßkontrolle bis zum Gebrauch der Schußwaffe!"**

KOB-Broschüre



Dokumentation zur Einführung des Kontaktbereichsbeamten zu bestellen bei: Hans Köbrich c/o Büro der RHD, Forsterstraße 3, 1000 Berlin 36

Protest gegen KOBs in Göttingen

Der Heimrat des Studentenwohnheims Robert-Koch-Straße in Göttingen hat am 23. Mai beschlossen, sich gegen die Spitzeltätigkeit der KOBs (Kontaktbereichsbeamte der Polizei) zur Wehr zu setzen. In einem Rundschreiben werden die Heimbewohner aufgefordert, „keinem der seit Jahresbeginn amtierenden Kontaktbereichsbeamten (KOBs) der Göttinger Polizei Zutritt zum Heim zu gewähren und ihnen keinerlei Auskünfte zu erteilen, solange sie dafür keine eindeutige Rechtslage vorweisen können.

Der Heimrat betrachtet diesen Appell an die Bewohner und die Verwaltung des Robert-Koch-Heims als demonstrativen Protest gegen die zunehmenden Überwachungsmaßnahmen des Staates gegenüber kritischen Bürgern... In Westberlin z. B., das als Vorbild für die Einführung des Kontaktbereichsbeamten in Niedersachsen gilt, hat der KOB laut Dienstanweisung LPo/Dir Nr. 33/1976 eine „Strukturkartei" über sein Revier anzulegen, in der auch Gewerkschaften, Parteien und „Stützpunkte der ‚Neuen Linken'" geführt werden (zitiert nach: „Die Zeit", 5. 5. 78, S. 14)... Belegt ist inzwischen auch, daß sich KOBs in Gesprächen mit Hauswarten Informationen über bestimmte Mieter beschaffen und daß sie teilweise in Zivil durch Studenwohnheime streifen. So gesteht z. B. der KOB Ernst Bösch, der in Westberlin für den Bereich der Technischen Universität zuständig ist, in der „Zeit" vom 5. 5. 78 ein: „Zwar bin ich kein Spitzel in dem Sinne, aber wenn mich Studenten im Wohnheim erkennen würden, dann würde meine Arbeit viel schwerer werden..." **Weg mit den KOBs!**

Gefährliche Rast

Wer während einer Fahrt mit dem Auto eine Rast im Grünen einlegen möchte, sollte sich genau überlegen, wo er das tut. Sonst könnte es ihm ergehen wie einem Familienvater aus Villingen-Schwenningen (Schwaben). Dieser hatte zusammen mit seiner Frau und seinen beiden Töchtern auf einem Feldweg in der Nähe von Markgröningen Rast gemacht. Wenige Tage später erschien die Polizei bei ihm zu Hause und fragte, was er an dem bewußten Tag gemacht habe. Grund: Der Rastplatz der Familie befand sich fünf Kilometer von der Firma Bosch entfernt. Ein anonymer Anrufer hatte die Polizei darüber „informiert", daß Verdächtige mit einem Fernglas die Firma Bosch beobachten würden...

Prozeß gegen Volker Nieber verschoben

Der im letzten „Roten Morgen" für Mitte Juli angekündigte Prozeß gegen Volker Nieber im Zusammenhang mit dem Roten Antikriegstag 1972 wurde verschoben. Neuer Termin: 10. Oktober 1978.

Kieler Verfassungsschutz überprüft Betriebe

Wie die Kieler Landesregierung jetzt zugeben mußte, hat der Verfassungsschutz jahrelang in Betrieben die Belegschaften bespitzelt, wenn sich „Anhaltspunkte für eine verfassungsfeindliche, sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeit ergaben". So wurden unter anderem sämtliche Neueinstellungen einer Maschinenfabrik in Schwarzenbeck in den letzten 20 Jahren „überprüft".

Zeitung der RHD

IN DIESER AUSGABE:
Zum Thema Verfassungsschutz: „Schnüffler am Werk"
Dortmund: „Batos-Prozeß: Schuldig ist niemand"
Aus der Arbeit der Roten Hilfe



zu bestellen bei: RHD, 4600 Dortmund 1, Postfach 215, Preis 30 Pfennig.

Freispruch für die vier Agit-Drucker!

Zur Zeit findet in Westberlin vor dem Kammergericht ein Prozeß gegen die vier „Agit-Drucker" statt. Vorausgegangen war, daß die Bundesanwaltschaft im Oktober 1977 ein Ermittlungsverfahren gegen die „unbekannten Hersteller und Verteiler" des „Info-Bug" eingeleitet hatte, weil dort unter anderem Artikel der RAF und des 2. Juni veröffentlicht worden waren. Wenige Tage später wurden die vier Drucker verhaftet.

Drei von ihnen sind heute noch in Untersuchungshaft. Jutta Werth, eine der drei, wurde sogar vier Tage vor Prozeßbeginn in den Moabiter Turm verlegt oder wie es im Amtsdeutsch heißt, in den „Hochsicherheitstrakt". Das bedeutet totale Abschirmung nach außen, ständige Überwachung durch Fernsehkameras.

Und das alles, weil die vier Angeklagten als Drucker (!) bzw. als Gewerbeträger der Firma Agit-Druck die Zeitung nicht auf straffällige Artikel im Sinne des § 88 a hin untersucht, sondern sie unzensiert gedruckt haben!

Deshalb ist die Verfolgung der „Agit-Drucker" ein empörender Fall von Gesinnungsterror! Weg mit dem Zensurparagrafen 88 a! Freispruch und sofortige Freilassung der „Agit-Drucker"!

Korrespondenzen

Redaktion
„Roter Morgen"
Wellinghofer Str. 103
Postfach 30 05 26
46 Dortmund 30

Unglaublich, aber wahr!

Das ist das Gedankengut eines in Münster praktizierenden und ausbildenden Zahnarztes: Eine seiner Auszubildenden, sie leidet unter zu niedrigem Blutdruck, fragte er, ob wenigstens ihr Freund arisch sei. Als sie, völlig verwirrt, verneinte, gab er ihr den unglaublichen „Rat", daß sich ihr Freund am besten sterilisieren lassen solle, da sie sonst degenerierte Kinder bekäme...

Wegen ihres Namens fragte er dieselbe Auszubildende, ob ihr Vater bei der SS gewesen sei. Sie wußte von nichts. Nun ja, sagte er, daß wäre doch gar nicht so schlimm, seine Mutter sei ja auch BDM-Führerin (BDM — Organisation der Hitler-Faschisten für die weibliche Jugend) gewesen. Das könne er wohl verstehen, wenn man damals auch mitgemacht habe.

Dann bot er der Auszubildenden an, wenn sie interessiert sei, einen echten Film aus der Nazizeit vorzuführen, der die Judenvergasung authentisch darstelle! Und er beschränkte sich nicht darauf, die vergangenen Taten der deutschen Faschisten zu konservieren und sie sich im stillen Kämmerlein auf der Leinwand erneut zu Gemüte zu führen. Nur, was für die Nazis früher die Juden waren, sind für ihn heute unter anderem die Ausländer: Man erinnert sich noch an das Schauermärchen von den angeblich mit Quecksilber vergifteten israelischen Apfelsinen, das eine ganze Zeit lang durch den deutschen Blätterwald geisterte, um wieder einmal gegen den Befreiungskampf des palästinensischen Volkes Stimmung zu machen. Bei dieser Gelegenheit forderte unser Zahnarzt, man solle alle die Ausländer, die daran beteiligt sein **könnten**, vor allem die linken Studenten aus dem Nahen Osten, an die Wand stellen und erschießen. Auch sonst ließ er seinen rassistischen und faschistischen Aggressionen gegen Ausländer freien Lauf. Eine Auszubildende beauftragte er, wenn auch vergeblich, Türken aus dem Wartezimmer hinauszuschmeißen. Die „Begründung" lautete sinngemäß: Die Türken würden stinken, sein Wartezimmer sei kein öffentliches Wartezimmer, und die Türken lebten ja doch nur von seinen Steuergeldern. Unverfrorener geht es nicht!

Rot Front
ein Genosse aus Münster

Zum Thema Umweltverschmutzung

Warum ein öliger Putzlappen gefährlicher sein kann als ein gestrandeter Tanker.

Immer wieder machen Öltanker Schlagzeilen, die durch eine Havarie ihre Ladung verloren haben. Die Ölpest bedroht Badestrände, Fauna und das ökologische Gleichgewicht der Meere.

Weit gefährlicher ist, was im Verborgenen blüht und unsere Umwelt bedroht. Der ölgetränkte Lappen zum Beispiel, der irgendwann auf der Mülldeponie landet, dessen Schadstoffe in das Grundwasser gelangen können. Oder der Arbeitsanzug eines Autoschlossers, der Abschmierfett, Öl, Schmutz auffängt, die bei der Reinigung ins Abwasser gelangen und nicht biologisch abgebaut werden können.

Warum wir Ihnen das alles erzählen? Weil wir zu den führenden europäischen Unternehmen gehören, die Textilien vermieten und in modernsten Anlagen hygienisch reinigen – von Berufskleidung über Hotel- und Krankenhauswäsche bis zu Industrie-Putzstoffen und dem Handtuchspender im Büro. So kommen allein in unseren Wäschereien täglich über 20 Tonnen Öle und Fette zusammen, die wir aus den Textilien herauswaschen. Welche enorme Menge Wasser würde damit verunreinigt! Deshalb klären wir nach der Reinigung unsere Abwässer. Heute noch ein gutes Beispiel, morgen hoffentlich eine Selbstverständlichkeit.

Vielleicht aber ist es einer der Gründe, warum BASF, DEMAG, HOESCH, M.A.N., SIEMENS, VW und rund 35.000 andere Unternehmen unsere Auftraggeber sind.

Wir verdienen unser Geld mit Sauberkeit. Aber nicht auf Kosten der Umwelt.

Bitte informieren Sie mich ausführlicher über den MEWA Textil-Mietservice.
☐ Berufskleidung für ___ Mitarbeiter ☐ Hotel- und Krankenhauswäsche ☐ Maschinen-Putztücher ☐ Waschraum-Service
Firma
z. Hd. Herrn/Frau
Straße
PLZ/Ort
An die MEWA Zentralverwaltung, Postfach 4320
Richard-Wagner-Str. 11, 6200 Wiesbaden
54

Sauber währt am längsten. MEWA Textil-Mietservice.

Liebe Genossen!

Endlich kennen wir die wirklichen Umweltverschmutzer! Das sind nicht etwa, wie bisher fälschlicherweise angenommen, die Öltanker, die alle paar Monate im Meer versinken und dabei das Wasser und die Strände verseuchen, die Tierwelt in diesen Gebieten fast ausrotten, oder gar die Fabriken, die rücksichtslos die Abwässer in die Flüsse leiten und mit ihren Schornsteinen die Luft verpesten. Nein! Das sind die Blaumänner und Kittel von uns Werktätigen, die unsere Umwelt bedrohen!

Also: Nicht mehr schmutzig machen, oder die teure Reinigung bezahlen — sonst sind wir alle mitschuldig!

Ein Genosse aus Göttingen

Ostfriesland oder Oldenburg?

Liebe Genossen,

zwanzig Jahre lang bin ich im Oldenburger Land aufgewachsen. Jetzt lese ich im „Roten Morgen" mit Erstaunen, daß das gar nicht stimmt. Seit wann sind Wilhelmshaven und Jever ostfriesisch?

Ich schreibe das nicht aus regionaler Borniertheit. Aber das ist etwa so, als wenn man einen Schwaben Bayern nennt. Es bestehen da nicht nur kulturelle und sprachliche Unterschiede, sondern auch ökonomische. Jever und Wilhelmshaven haben, verglichen mit Ostfriesland, noch geradezu eine paradiesische Infrastruktur.

Im westlichen Norddeutschland ist also nicht alles Ostfriesland. Mit freundlichem Gruß

Ein Leser des „Roten Morgen"
aus Hamburg

Antwort
der Redaktion

Du hast recht, strenggenommen gehören Jever und Wilhelmshaven nicht zu Ostfriesland, sondern zum ehemaligen oldenburgischen Landkreis Friesland. Inzwischen wurde dieser Landkreis im Zuge der niedersächsischen Kreis„reform" abgeschafft. Wilhelmshaven ist jetzt kreisfreie Stadt, und der nördliche Teil des Landkreises Friesland bildet zusammen mit dem ostfriesischen Wittmund einen neuen Kreis. Es stimmt auch, daß es zwischen Ostfriesland und dem Oldenburgischen bestimmte Unterschiede gibt. Unserer Meinung nach sind diese Unterschiede allerdings nicht so groß, daß es unmöglich wäre, das ganze Gebiet zwischen Dollart und Jade als eine Einheit zu betrachten.

Bestellen Sie Informationsmaterial der KPD/ML

○ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD/ML

○ Ich bitte um Zusendung einer Probenummer des „Roten Morgen"

○ Ich möchte den „Roten Morgen", das Zentralorgan der KPD/ML, abonnieren

○ Ich möchte zu Veranstaltungen der KPD/ML eingeladen werden

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Datum: .... **Unterschrift:** ....

Ausschneiden und einsenden an das **Parteibüro der KPD/ML, Wellinghofer Straße 103, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30.**

80. Geburtstag Hanns Eislers

Ein revolutionärer Künstler der Arbeiterklasse

„Vorwärts und nicht vergessen..." Welcher revolutionäre Arbeiter kennt nicht die aufrüttelnden Verse, die mitreißende Melodie des „Solidaritätsliedes"? Hanns Eisler, der Komponist dieses Liedes, der Schöpfer vieler anderer Kampflieder des Proletariats, wäre am 6. Juli 80 Jahre alt geworden. Wie Bertolt Brecht oder Ludwig Renn ist er einer der großen deutschen Künstler dieses Jahrhunderts, die den Weg fanden an die Seite der Arbeiterklasse, die ihr Werk in den Dienst des Kampfes für ein sozialistisches Deutschland stellten.

Aufgewachsen in bürgerlichen Verhältnissen, geriet Eisler schon früh in Widerspruch zu dem kapitalistischen System der Ausbeutung, Unterdrückung und Kriegstreiberei. Als 1914 die Bankherren und Schlotbarone mit der Unterstützung der Sozialdemokratie ihren imperialistischen Raubkrieg begannen, schrieb der junge Hanns Eisler eines seiner ersten Werke, ein Oratorium, das den bezeichnenden Titel „Gegen den Krieg" trug. Wie Millionen andere, so wurde auch er zum Waffendienst für die Imperialisten gezwungen. Begeistert begrüßte er den Sieg der Oktoberrevolution und den Appell der Bolschewiki für den Frieden.



Hanns Eisler bei den Internationalen Brigaden in Spanien 1937

Nach dem Krieg begann Hanns Eisler ein Studium bei dem bürgerlichen Komponisten Arnold Schönberg. Gleichzeitig wirkte er aktiv in den Wiener Arbeiterchören „Karl Liebknecht" und „Stahlklang". So war er auch in diesen Jahren mit den Problemen und den Kämpfen der Arbeiterklasse verbunden. In der Folgezeit vertiefte er sein Verständnis des revolutionären Klassenkampfes und näherte sich den Positionen der Kommunistischen Partei an. Er brach mit dem bürgerlichen Musikbetrieb und stellte — nach Berlin übergesiedelt — sein großes Talent in den Dienst der von der KPD geführten revolutionären Arbeiterbewegung. Er unterrichtete an der Marxistischen Arbeiterschule, wurde Kulturberichterstatter der „Roten Fahne" und Mitglied im Agitproptrupp „Das Rote Sprachrohr"

In diese Zeit fällt auch seine Bekanntschaft und die erste Zusammenarbeit mit Brecht, aus der solche unvergänglichen Lieder wie das eingangs erwähnte „Solidaritätslied" oder das „Einheitsfrontlied" hervorgingen, zu denen Brecht die Texte schrieb. Neben den Kampfliedern, die von den revolutionären Arbeitern in ganz Deutschland begeistert aufgenommen wurden und schnell Verbreitung fanden, schuf Eisler neben Chören und anderen Werken auch die Musik zu Theaterstücken (z. B. „Die Mutter" von Brecht) und zu Filmen (z. B. „Komsomol" und „Kuhle Wampe").

Als 1933 die Nacht des Faschismus über Deutschland hereinbrach, mußte Eisler wie so viele revolutionäre und mit dem Volk verbundene Künstler aus seiner Heimat fliehen. Viele Stationen hatte sein Exil, bis er sich schließlich in den USA niederließ. Und auch aus der Verbannung setzte er unermüdlich den Kampf gegen den deutschen Imperialismus und seine faschistische Diktatur fort. Durch sein Eintreten für die Sache der Arbeiterklasse, für die Stalinsche Sowjetunion zog sich Hanns Eisler auch den Haß der Wallstreet-Herren zu. Sie, die nach der Zerschlagung des deutschen Faschismus darangingen, in den Fußstapfen Hitlers die ganze Welt zu unterjochen, zerrten Eisler wie viele andere Kommunisten, Revolutionäre und fortschrittliche Kulturschaffende vor ihre Untersuchungsausschüsse und Gerichte. 1947 wurden Hanns Eisler und seine Frau eingekerkert.

Die Antwort auf diesen Terrorakt war ein Sturm der Empörung. Und nicht nur die revolutionären Arbeiter in den USA und in anderen Ländern nahmen den Kampf für die Freilassung auf. Auch so bedeutende Künstler und Wissenschaftler wie Picasso, Chaplin und Einstein setzten sich aktiv für die Eingekerkerten ein. So konnten Hanns Eisler und seine Frau schließlich freigekämpft werden. Die amerikanischen Behörden schoben sie nach Europa ab. In diesen Jahren war Deutschland zerrissen, von den amerikanischen Besatzern und ihren westdeutschen Handlangern gespalten. Für Hanns Eisler war es keine Frage, in welchen Teil seiner alten Heimat er nach den langen Jahren des Exils zurückkehren sollte: in die DDR, auf der damals die Hoffnungen der deutschen Arbeiter und aller Antifaschisten ruhten.

Hanns Eisler war es auch, der gemeinsam mit Johannes R. Becher die Hymne dieses ersten sozialistischen Staates auf deutschem Boden schuf. Die Bonner Herren haben ihm das nie verziehen. Für sie blieb Hanns Eisler der Komponist der „Becher-Hymne" — wie sie es nannten — im offiziellen Kulturbetrieb des westlichen Teilstaates unterdrückt und totgeschwiegen — bis heute. Ja, sogar das Singen dieses Liedes „Auferstanden aus Ruinen..." war über lange Jahre unter Strafe gestellt.

Und in der DDR? Damals, in den Jahren des sozialistischen Aufbaus, unterstützten die SED und die staatlichen Organe die Bemühungen Hanns Eislers um eine sozialistische Musikkultur. Schon 1931 hatte er formuliert: „Der Hauptzweck der bürgerlichen Kunst ist der Genuß." Und in Bezug auf die Aufgaben der Arbeiterklasse: „Was Hauptzweck war, nämlich der Genuß, wird Mittel zum Zweck. Die Kunst hat nicht mehr die Aufgabe, das Schönheitsbedürfnis des Hörers zu befriedigen, sondern sie benutzt die Schönheit, um den einzelnen anzulernen, um ihm die Ideen der Arbeiterklasse, die aktuellen Probleme des Klassenkampfes faßlich und greifbar zu machen."

Von dieser Position aus versuchte Eisler eine Musikkultur zu entwikkeln, in der die neuen gesellschaftlichen Verhältnisse unter der Bedingung der Diktatur des Proletariats zum Ausdruck gebracht werden. Er schuf nicht nur eine Reihe weiterer bedeutender Werke. Er führte auch weiter den aktiven Kampf gegen den bürgerlichen Musikbetrieb. So rechnete er etwa 1951 in einem offenen Brief an die Kulturschaffenden in Westdeutschland mit der bürgerlichen Dekadenz ab, die sich selbst als „Avantgarde" oder „Moderne" versteht. Er plädierte für eine Volkstümlichkeit, in der der Widerspruch zwischen Kunst und Unterhaltung aufgehoben, die Kluft zwischen der Kunst und dem Volk geschlossen ist. Und er ließ auch keinen Zweifel daran, daß eine solche fortgeschrittene volkstümliche Kunst eben die gesellschaftlichen Bedingungen voraussetzt, wie sie damals in der DDR bestanden.

Niemals aber hat Hanns Eisler unter Volkstümlichkeit den Kompromiß mit der seichten bürgerlichen Unterhaltungsmusik verstanden. Im Gegenteil: Dieser „Dummheit in der Musik" — wie er es nannte — hat er Zeit seines Lebens den Kampf angesagt. So heißt es etwa in seinem erwähnten offenen Brief: „Die gefährlichste Korruption ist die kommerzialisierte Unterhaltungsmusik, vor allem die amerikanische, die imstande ist, Völker ganzer Kontinente zu Musikanalphabeten zu machen." Oder in einem anderen Zusammenhang: „Diese Art dekadenter Musik — kommerzialisierter Jazz und epigonale Unterhaltungsmusik — ist die tägliche Verdummung der Ohren und der Empfindungswelt der Hörer."

1962 ist Hanns Eisler gestorben. In diesen Tagen gibt es in der DDR Gedenkabende, Konzerte, Nachrufe. Aber längst ist die DDR nicht mehr der sozialistische Staat, der die Hoffnungen ganzer Generationen von proletarischen Kämpfern verkörpert, ist sie zu einem kapitalistischen Ausbeuterstaat unter dem Militärstiefel Moskaus geworden. Und längst hat auch die dekadente Unterhaltungsmusik amerikanischen Typs, wie sie von Eisler gegeißelt wurde, diese DDR überflutet, ist auch dort wieder die Musik zu einem Instrument der Verdummung in den Händen der Herrschenden geworden.

Die Herren aus Pankow, die jetzt in ihren steifen und blutleeren Feierlichkeiten sich mit dem großen Namen Hanns Eislers schmücken wollen, haben nicht das geringste Recht auf das Erbe dieses revolutionären Künstlers. Er gehört der Arbeiterklasse, die seine Lieder im Kampf gegen die Herrscher in Ost und West singt und für die sein Herz bis zu seinem Tod geschlagen hat.

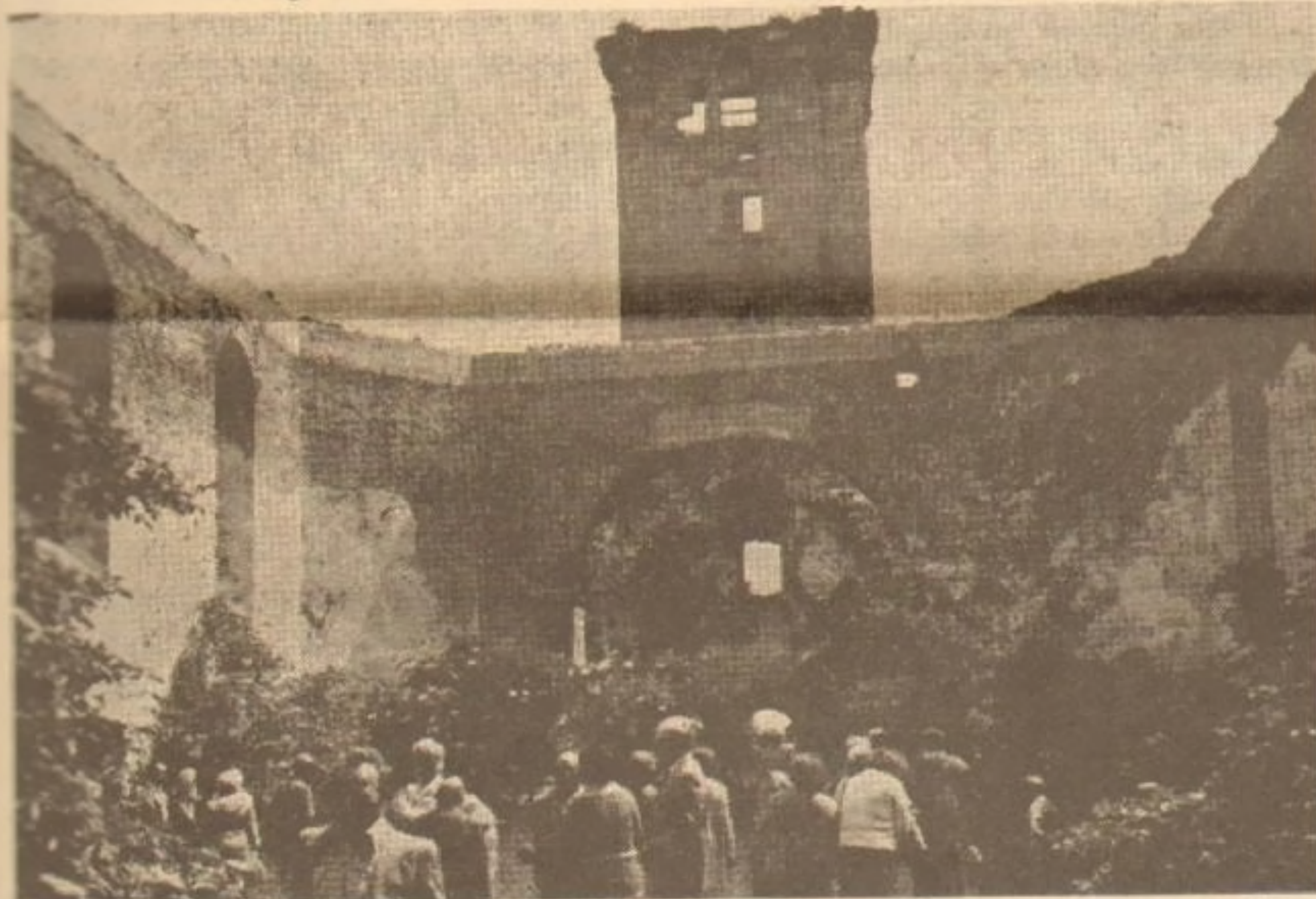
US-Truppen in Unterfranken

„Wir haben hier die Hoheit“

In diesen Tagen fliegt der amerikanische Präsident Carter in die Bundesrepublik ein. Wie angekündigt wurde, will er auch seine Truppen, die in unserem Land stehen, inspizieren, Da wird dann die Rede sein von den „gemeinsamen Verteidigungsanstrengungen“, von der „deutsch-amerikanischen Freundschaft“ usw. usf.

Ein Reporter des „Roten Morgen“ ist in diesen Tagen durch Unterfranken gefahren, hat sich in den Garnisonsstädten der US-Army umgesehen, mit den Menschen gesprochen, die tagtäglich mit den amerikanischen Besatzertruppen leben müssen, ihren Schikanen und ihrem Terror ausgesetzt sind. Hier sein Bericht.

Unterfranken. Die Sonne meint es gut mit diesem Landstrich. An den Hängen entlang des Mains wächst ein guter Wein, die sandigen Böden der Auen tragen Gemüse und saftige Früchte. An dem Tag, als die Amerikaner kamen, muß sich die Sonne über Kitzingen verdunkelt haben. Wie ein Hornissenschwarm tauchten die Bomber auf. 2.100 Sprengbomben zerplatzten in der Kleinstadt, rissen die Häuser auf, begruben Frauen und Kinder unter dem Schutt. 650 Menschen kamen an diesem Tag um, an diesem 23. Februar 1945. Drei Monate vor Kriegsende.



Das sind die Reste der ehemaligen Gemeinde Hopfenohe bei Grafenwöhr. Die Bevölkerung wurde vor 40 Jahren aus dem Dorf vertrieben, weil es als Übungsgelände für das Militär benutzt werden sollte. Heute gehört es zum Übungsgelände der US-Truppen.

Ein notwendiger Angriff gegen Truppen und Stellungen der Hitler-Armee? Nein, dieser Bombenangriff galt den einfachen Menschen, der Zivilbevölkerung, die nichts sehnlicher herbeiwünschte als das Ende dieses Krieges. Schon damals zeigten die amerikanischen Imperialisten ihren barbarischen, volksfeindlichen Charakter. Wochen später legten sie die Innenstadt von Würzburg in Schutt und Asche. Bombardierten sie Dörfer wie Willanzheim.

So hatte die fränkische Bevölkerung die US-Armee bereits aus der Luft kennengelernt, bevor die amerikanischen Truppen nach Unterfranken einzogen, bevor sie sich in den Garnisonen, Stellungen, Übungsplätzen festsetzten, die die Hitler-Armee hinterließ. Angeblich, um das deutsche Volk vom Hitler-Faschismus zu befreien. Mehr als dreißig Jahre später sind sie allerdings noch immer da. Mit Panzern und Raketen. Mit PX-Läden und MP-Patrouillen auf den Gassen. Wie ein zähes Krebsgeschwür haben sich die amerikanischen Imperialisten festgesetzt. Von Grafenwöhr im Osten bis Bitfeld/Eifel im Westen. Von Kempten im Allgäu bis nach Bremerhaven.

Wie die Vandalen

Im Norden Kitzingens bis hin zur Autobahn erstreckt sich der Klosterforst. Mitten im Waldgebiet hat man große Flächen abgeholzt, damit die Panzer freie Bahn haben. Schußfeld für die Kriegsübungen.

Während wir über die von Kettenfahrzeugen zerstörten Waldwege fahren, berichtet ein Genosse: „Als die Amerikaner im letzten Jahr den Klosterforst zum Truppenübungsplatz machten, protestierten Kitzinger durch Leserbriefe in der Lokalzeitung. Denn dieser Forst ist einer der wenigen Naherholungsgebiete für uns. Die Stadtverwaltung erklärte sofort: Da kann man nichts machen.“ Nichts machen?

Zunächst sollte ein 220 Hektar großes Gelände zwischen Markt Einersheim und Possenheim zum Übungsgebiet erklärt werden. Aber die kleinen Waldbesitzer wehrten sich auf Versammlungen. Es fielen harte Worte: „Der erste Panzer, der in den Wald fährt, geht hoch.“ Die deutschen Behörden fürchteten militanten Widerstand. Und so warfen sie den amerikanischen Besatzertruppen den bayrischen Staatswald zum Fraße hin, das Naherholungsgebiet Klosterforst.

Es sind gerade die Erholungsgebiete, die wenigen Waldgebiete in der Nähe der Garnisonsstädte, in denen sich die amerikanischen Truppen festsetzen, die sie abzäunen, die sie mit Panzerfahrten und Truppenübungen zerstören. Ein skrupelloser Raubbau — organisiert für jene Truppen, die angeblich zum „Schutze unserer Heimat“ stationiert sind, die der „Landesverteidigung“ dienen sollen.

Herren des Landes

Sie „verteidigen“ in der Tat nicht unser Land, schon im Frieden zerstören sie es, nehmen sie es wie Herren in Besitz. Denn dieser Bonner Staat hat den ausländischen Besatzern 1952 einen Teil unserer Unabhängigkeit und Souveränität verkauft. Im Deutschlandvertrag von 1952 wurde den drei Westmächten die Stationierung von Truppen bis zum Jahre 2005 zugesprochen. Laut NATO-Vertrag ist die Regierung verpflichtet, diesen Truppen Manöverflächen zu überlassen. Umzäunte Gebiete unserer Heimat, in denen kein Deutscher etwas zu sagen hat.

Nordöstlich von Nürnberg liegt eines dieser amerikanischen Hoheitsgebiete: der Truppenübungsplatz Grafenwöhr. Die Fläche, die von amerikanischen Soldaten bewacht wird, ist gewaltig: 23.364.242 Hektar. Eine Stadt wie Nürnberg hätte dort Platz. Bereits die Nazis haben die angestammten Familien vertrieben. 57 Ortschaften mußten ab 1936 geräumt werden. 825 Familien wurden für die Kriegsvorbereitungen der Faschisten vertrieben. Und jetzt sind dort die Amerikaner — für eben den gleichen Zweck!

Als wir durch das Städtchen Grafenwöhr gingen, hörten wir vom Stadtrand die Explosionen und Detonationen. „Das ist noch gar nichts“, erzählt eine Frau am Straßenrand, „als sie die Bomben warfen, zitterte unser Haus richtig.“ Sie bestätigt: Auch nachts geht der Lärm weiter. Aber es ist nicht einmal dieser Manöverlärm, der den tiefsten Eindruck über dieses Städtchen hinterläßt.

Arbeitssklaven für die US-Army

Wie ein Triumpfbogen erhebt sich über dem Eingang zum Truppenübungsplatz das Schild „7. US-Army“. Zum Städtchen hin: Fotoläden, vergammelte Kneipen, Pommesfrites-Läden, eine verkommene Baracke, die ein Puff gewesen sein soll, wie uns ein Einwohner erzählte. Amerikanische Soldaten lungern in Gruppen auf den Straßen. Zahlreiche Läden machen erst mittags auf, manche nachmittags — dann, wenn die Besatzer die Straßen mit ihrem unwirklichen Leben füllen.

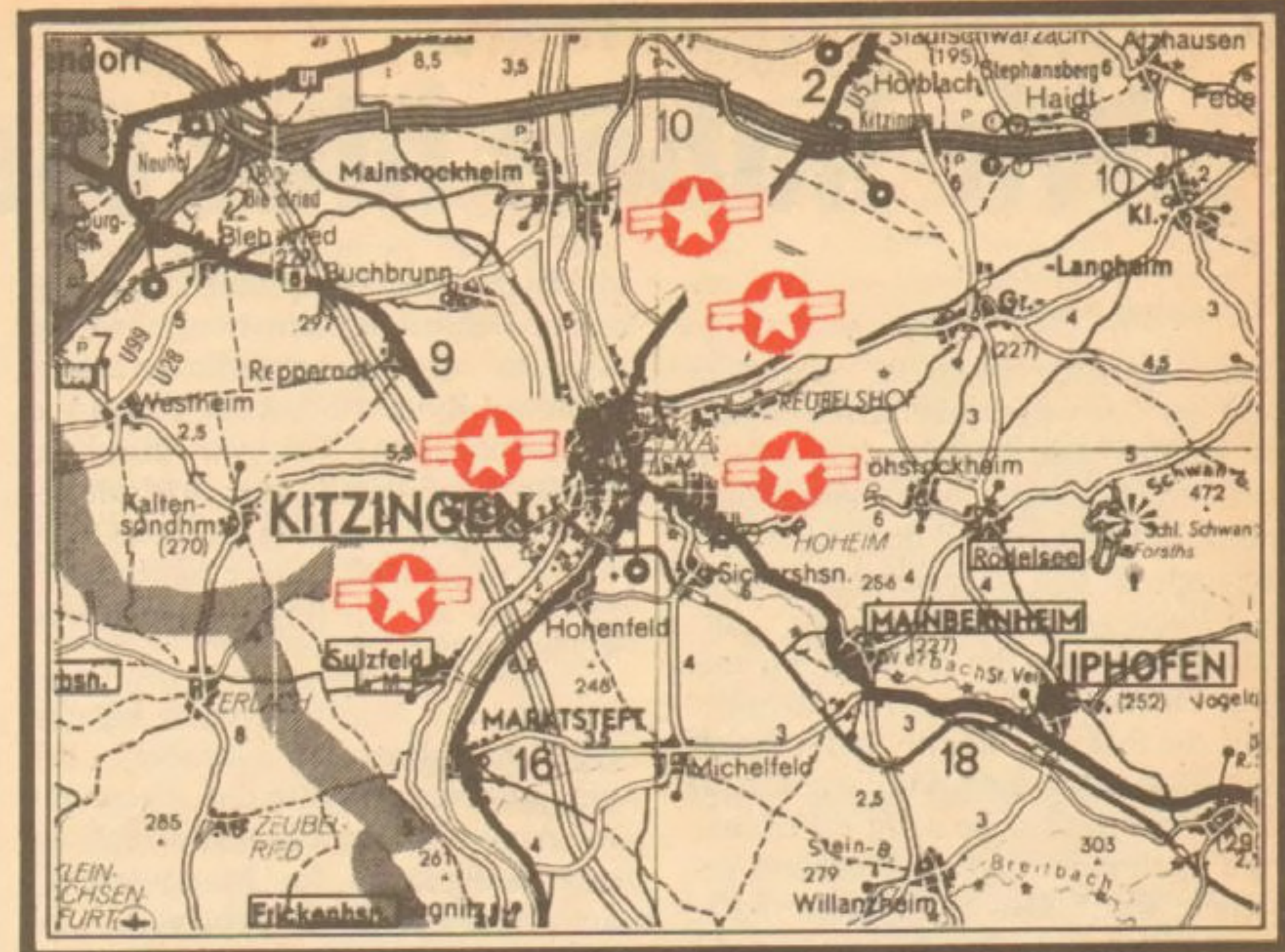
Die Bewohner von Grafenwöhr sind dieser Armee ausgeliefert. Rund 2.000 deutsche Zivilisten aus der Umgebung arbeiten auf dem Truppenübungsplatz. Müssen dorthin arbeiten gehen: „Es ist ja nichts anderes da“ — sagt die Frau am Straßenrand.

Diese Abhängigkeit ist kein Zufall, auch nicht das Ergebnis der skrupellosen Rationalisierung, die zahlreiche kleinere Betriebe auf dem Lande in den wirtschaftlichen Ruin trieb. Nein, als sich die amerikanischen Truppen in Grafenwöhr etablierten, handelten sie vertraglich (!) mit der bayrischen Staatsregierung aus, daß in dieser Region keine größeren Betriebe angesiedelt werden dürfen. ÖTV-Abteilungsleiter Reichelt in München: „Damit wollten die Amerikaner sicherstellen, daß das Zivilpersonal nicht in private Unternehmen abwandern kann, wo besser verdient wird.“ Die amerikanischen Herren brauchen also Arbeitssklaven. Und die bayrische Regierung läßt bewußt diesen Landstrich verkommen, um die Bevölkerung an den Truppenübungsplatz zu fesseln!

Besonders in den Manövern führen sich die amerikanischen Besatzer wie Herren des Landes auf. Zermalmen sie Äcker, vernichten sie Ernten, bringen sie die Bevölkerung in tödliche Gefahr.

„Kitzinger Zeitung“ vom 25. April 1978: „Ein schwerer Verkehrsunfall versetzte gestern die Bewohner von Obervolkach in Angst und Schrecken. Ein amerikanischer Schützenpanzer kollidierte mit einem vollständig gefüllten Tanklastzug

Fortsetzung auf Seite 10



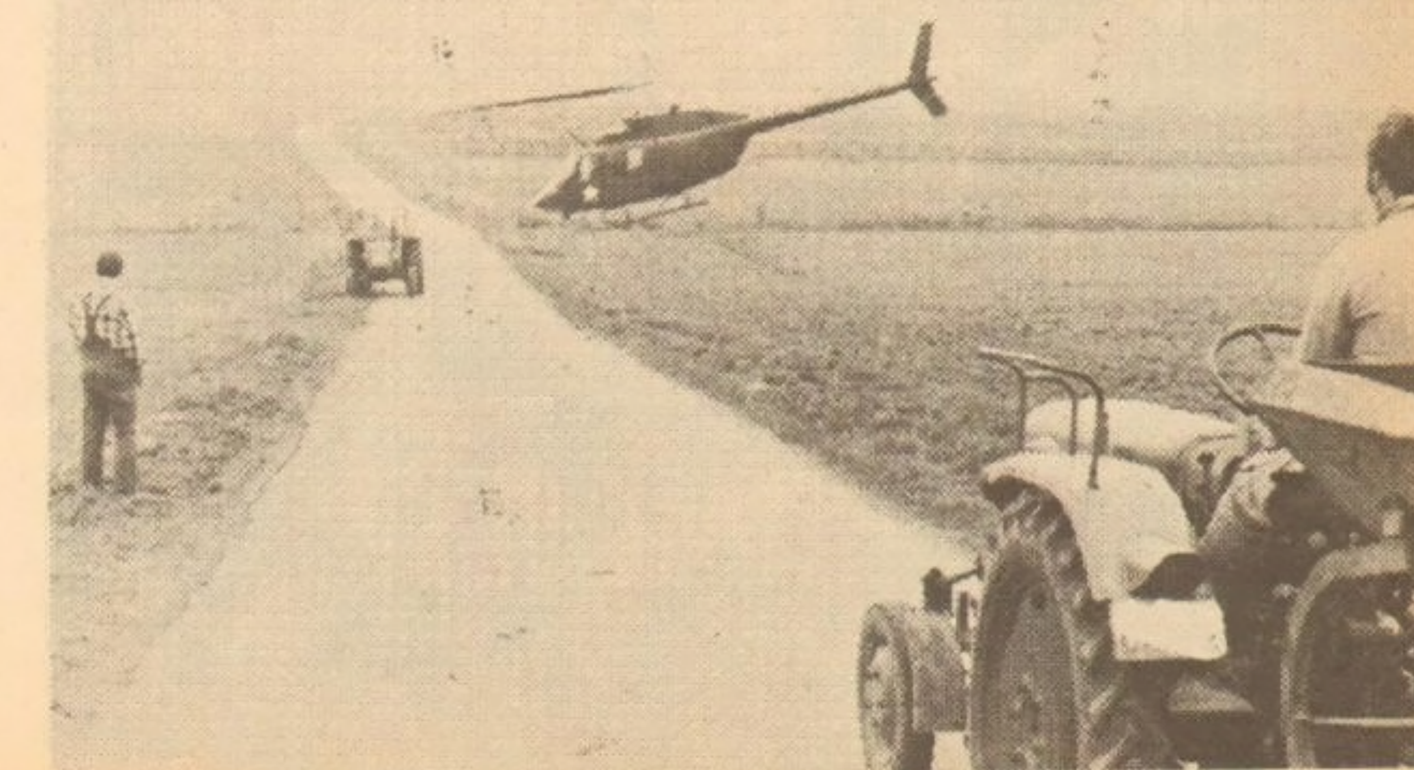
Militäranlagen der US-Besatzer



Früher ein Erholungsgebiet für die Bevölkerung. Jetzt ist der Klosterforst gerodet als Übungsgelände für die US-Truppen.



Eine der verkommenen Vergnügungsstätten der US-Soldaten



Ami-Hubschrauber im Tiefflug — eine Bedrohung der Bauern

US-Truppen in Unterfranken

„Wir haben hier die Hoheit"

Fortsetzung von Seite 9

einer Benzingesellschaft. Nachdem sich der Lastwagen überschlagen hatte, liefen 17.000 Liter hochexplosiven Benzins in das örtliche Kanalisationsnetz, und ein Großteil des Treibstoffs gelangte in den nahegelegenen Volkach-Bach… Glücklicherweise entzündete sich das Benzin nicht. So entging Obervolkach einer Katastrophe. Wie die Polizei mitteilte, befand sich der Panzer in einer Militärkolonne, die jedoch als solche nicht erkennbar und auch nicht dementsprechend gesichert war." Der Spähpanzer hatte die Vorfahrt des Tankwagens nicht beachtet!

Diese Besatzertruppen haben uneingeschränkte Bewegungsfreiheit, sie können laut NATO-Statut in jedem Teil unseres Landes Manöver durchführen. Bonn hat lediglich ein Einspruchsrecht, die tatsächliche Entscheidung aber liegt bei den Generälen der Besatzerarmee. „Während des Manövers haben wir hier die Hoheit", fauchte ein amerikanischer Offizier die Genossen aus Kitzingen an, als sie in den letzten Jahren während eines Manövers Land-AP gegen den Manöverterror machten.

Bei Nenzenheim waren über die Straße weiße Bänder gespannt", erzählt ein Genosse, „auf einem Zettel stand: Die Straße und die Häuser sind gesprengt. Hier haben die amerikanischen Imperialisten in der Manöverübung deutlich demonstriert, was sie im Kriegsfall in unseren Dörfern und Städten vorhaben!"

Diese Vernichtungswut demonstrieren die amerikanischen Besatzer allerdings nicht nur im Manöver. Sondern tagtäglich. „Kitzinger Zeitung" vom 6. 2. 78: „…Im Bereich des Kitzinger Flugplatzes (Harvey Barracks), der dem Bimbach in den letzten Jahren einige Ölunfälle bescherte, soll nun das gesamte Oberflächenwasser einem Rückhaltebekken mit Ölabscheider zugeführt und nach der Reinigung in den Bimbach eingeleitet werden… Im vergangenen Jahr meldete die Freiwillige Feuerwehr und das Technische Hilfswerk einen einmaligen Rekord: 14 mal wurde Ölalarm auf dem Bimbach und Rödelbach gegeben, seit 1973 insgesamt sogar 19 mal.

Bezeichnend ist, daß die deutschen Behörden nicht nur jahrelang tatenlos dieser gefährlichen Verschmutzung der Gewässer durch die amerikanischen Truppen zusahen, sondern daß es nun die Oberfinanzdirektion in Nürnberg ist, die Ölabscheider und Kläranlagen bauen läßt. Denn die Kosten trägt der deutsche Steuerzahler!

Allein in Nordbayern, so hat die Oberfinanzdirektion Nürnberg bekannt gegeben, mußte das sogenannte „Amt für Verteidigungslasten" an Entschädigungen für Manöverschäden und andere Zerstörungen der US-Armee im Jahr 1976 21 Millionen Mark zahlen. Insgesamt mußten 24.253 Manöverschadensfälle „reguliert werden". Eine Zahl, die ein anschauliches Bild von der Zerstörungswut dieser Besatzertruppen gibt. 24.253 mal im Jahr — Vernichtung von Äckern und Weiden, von Straßen und Wäldern. Hinzu kamen in diesem Jahr noch 3.227 sogenannte „Unrechtsschäden" wie Verkehrsunfälle, Schlägereien und Vergewaltigungen durch US-Soldaten, für die das Amt weitere 4.366.000 DM auszahlen mußte.

Gefahr auf den Straßen

Die „Kitzinger Zeitung" hat, so berichten die Genossen, vor etwa anderthalb Jahren geschrieben, sie wollten jetzt nicht mehr über die Schlägereien, Vergewaltigungen und Messerstechereien der amerikanischen Soldaten berichten, das würde zu sehr die „deutsch-amerikanische Freundschaft" belasten. Also ist in der Zeitung kaum etwas darüber zu finden. Doch die persönlichen Erfahrungen der Menschen in Kitzingen lassen sich nicht wegwischen.

„Sonntags kann man kaum in den Grünanlagen am Main spazieren gehen. Dann lungern die Zupfer dort rum." Die „Zupfer" — das ist beileibe kein Kosewort für die GIs, ein verächtlicher Ton schwingt mit. „Das schlimmste ist das Anmachen. Die reden fast jedes Mädchen an. Erst gestern wieder. Kaum war ich mit meiner Freundin aus dem Haus, quatschten mich Zupfer aus dem Auto an."

Und dabei bleibt es oft genug nicht. So wie bei jenem 16jährigen Mädchen aus Kitzingen: Ein amerikanischer Soldat versuchte, sie zu überfallen; weil sie laut um Hilfe brüllte, konnten Nachbarn den Soldaten festhalten. Wir besuchten die Mutter: „Das war Ostern im letzten Jahr. Wir haben sofort eine Anzeige bei der Polizei gemacht. Die Anzeige wurde dem deutschen Staatsanwalt übergeben. Aber der hat sie dann dem amerikanischen Staatsanwalt in Würzburg übergeben, der wäre dafür zuständig. Wir haben uns an das Amt für Verteidigungslasten gewendet. Bis jetzt ist überhaupt noch nichts passiert."

Ein Jahr ist es her, vielleicht wird dieser Soldat noch vor ein Gericht gestellt, vielleicht ist er aber auch schon längst in die USA abgeschoben. Auf jeden Fall kommt dieser amerikanische Soldat nicht vor ein deutsches sondern vor ein amerikanisches Militärgericht. Denn nach dem NATO-Truppenstatut hat Bonn sogar darauf verzichtet, kriminelle Handlungen der Besatzersoldaten selbst abzuurteilen. Nur bei Kapitalverbrechen kann ein amerikanischer Soldat auch vor ein deutsches Schwurgericht kommen. Bei Mord etwa. Und auch nur dann, wenn die deutschen Justizbehörden einen Antrag stellen.

Entsprechend unverschämt sind die Urteile der amerikanischen Militärgerichte. Im April '72 fand die deutsche Kripo in der Wohnung des Gefreiten Royal Hale Heroin und Haschisch für 250.000 Mark. Der Soldat wird vom Militärgericht freigesprochen! Im Mai '71 vergewaltigte Seargeant James Ottinger eine 39jährige Hausfrau. Das US-Gericht verurteilt ihn zu ein paar hundert Mark Geldstrafe! Zwei Jahre später vergewaltigt dieser Ottinger wieder: eine 21jährige Kellnerin. 1967 erwürgte Seargeant John Mayberry in Nürnberg eine 25jährige Arbeiterin. Das Nürnberger Schwurgericht verurteilte ihn zu lebenslänglich. Vier Jahre später jedoch erreicht er vor dem amerikanischen Obersten Militärgericht eine Revisionsverhandlung. Er widerruft sein Geständnis und wird freigesprochen! All dies Urteile, mit denen die amerikanischen Imperialisten ihren Söldnerhorden einen Freibrief ausstellen, die deutsche Bevölkerung zu terrorisieren!

GIs vertreiben Rauschgift

Und Bonn macht die Augen zu! Ebenso bei dem schwunghaften Rauschgifthandel, den zahlreiche verkommene und verseuchte amerikanische Soldaten mit abhängigen Jugendlichen treiben. Ein Genosse aus Kitzingen berichtet: „Damals, als die amerikanischen Imperialisten den Vietnamkrieg verloren, transportierten sie ihre Soldaten nicht direkt in die USA. Sie sollten sich „aklimatisieren". Kitzingen war einer der Orte, an denen sie Zwischenstation machten. Diese Soldaten waren fast alle rauschgiftsüchtig. Sie vertrieben Heroin und Haschisch."

So kam durch die amerikanischen Besatzer nicht nur die Prostitution, sondern auch das Rauschgift in die fränkische Kleinstadt. Anfang der 60er Jahre gab es in Kitzingen den ersten toten Jugendlichen — ermordet durch den Drogenvertrieb. Auch jetzt, nach dem Abzug der „Vietnam-Veteranen" wird weiter Heroin und Haschisch vertrieben. Der Vorsitzende des amerikanischen „Ausschusses für Drogenmißbrauch und Drogenkontrolle", Lester Wolff, berichtete in diesem Juni dem amerikanischen Präsidenten, daß rund 27.000 amerikanische Soldaten in Europa von harten Drogen abhängig seien. Das entspräche der Stärke von zwei Divisionen. Neun Prozent der in Europa stationierten GIs! Insgesamt 40 Prozent dieser amerikanischen Truppen in Europa nähmen überdies Haschisch!



Am 25. April 1978: Ein US-Panzer rammt einen vollen Tanklastwagen. 17.000 Liter hochexplosives Benzin liefen in das Kanalisationsnetz. Ein Funken hätte es entzünden und den Ort Obervolkach in Schutt und Asche legen können.



So sehen Waldflächen und Felder der Bauern nach Manövern der Amis aus.

Der „Falkenhof" in Würzburg ist einer dieser zahlreichen kleinen Umschlagplätze, wo die amerikanischen Soldaten kaufen, verkaufen und vermitteln. Ein städtisches Jugendheim. Am Wochenende sind dort etwa 300 Jugendliche, dazu im Schnitt 50 GIs. Ein Mädchen erzählt: „Ich habe selbst schon einmal gesehen, wie ein Ami Heroin verkauft hat. Aber die Schweinerei ist: Während die Stadt von jedem deutschen Jugendlichen einen Klubausweis verlangt, der auch noch Geld kostet, angeblich, um die Kiffer und Fixer leichter herauszufinden, brauchen die amerikanischen Soldaten keinen Klubausweis. Die Stadt sagt, das würde die deutsch-amerikanische Freundschaft stören."

Deutsch-amerikanische Freundschaft?

Es gibt kaum einen offiziellen Anlaß, bei dem nicht diese angebliche „deutsch-amerikanische Freundschaft" beschworen wird. Der Kitzinger Bürgermeister läßt sich gerne mit amerikanischen Offizieren sehen. Freundschaftlich ist auch das Verhältnis der deutschen Polizei mit den Besatzertruppen, sie machen Schießwettbewerbe. Oft genug arbeiten sie Hand in Hand: „Military Police" und Kitzinger Polizisten.

Atomminen bei Kitzingen

Am Westrand der Stadt, im Klingenwald, haben die US-Truppen ein Areal abgezäunt. „Fotografieren verboten! Achtung Schußwaffengebrauch!" Hinter dem durch Stacheldraht, MP-Patrouillen und Wachtürme abgesicherten Schutzbereich lagern Atomminen und -sprengköpfe!

Ein nach Schweden desertierter US-Soldat hat es veröffentlicht. Die amerikanischen Besatzer und ebenfalls die deutschen Behörden leugnen die atomare Gefahr regelmäßig. Doch einmal ist es ihnen passiert, der Ausrutscher, der die Wahrheit enthüllt. Als nämlich auf dem Gelände ein Feuer ausbrach. Da hieß es in der „Kitzinger Zeitung", — obwohl niemand danach gefragt hatte: „Eine nukleare Gefahr bestand nicht!"

Wenige Kilometer von der fränkischen Kleinstadt, die die amerikanischen Truppen bereits einmal zerstört haben, haben die Besatzer also Atomwaffen gelagert, die im Falle eines Krieges mit der Sowjetunion für die Menschen dieser Region nicht nur eine Wiederholung des 23. Februar 1945 bedeuten, sondern weit mehr: atomare Vernichtung und Verseuchung jedes Lebens in dieser sonnigen Ecke Deutschlands.

Die amerikanische „Unterhaltungs"-Industrie hat bereits mit grenzenlosem Zynismus diese Katastrophe ausgemalt. Auf der Frankfurter Buchmesse 1975 bot eine Firma das Würfelspiel „Wurzburg-Sovjet-American-Combat in the 70's" an. Preis: 20 Mark. Eine Generalstabskarte mit Planquadraten für das Operationsgebiet im Herzen Unterfrankens diente als Spielbrett. Die Namen der amerikanischen Einheiten auf dem Spiel entsprachen genau denen der in und um Würzburg stationierten US-Streitkräfte. Je nach Anzahl der Würfelaugen detonierten die Kilotonnen der Atombomben in Unterfranken! Der deutsche Verleger des amerikanischen „Planspiels" meinte, es sei „weniger für Kinder, sondern eher für Historiker und Militärs" geeignet.

Ami, go home!

Diese atomare Gefahr ist kein Spiel. Und erst recht sollte man die Zukunft unseres Landes nicht amerikanischen Generälen und den Imperialisten im Weißen Haus überlassen. Genauso wenig wie dem Sozialimperialisten Breschnew. „Ami, go home!" — Diese Parole schallte den amerikanischen Besatzern in den 50er Jahren entgegen. „Amikrieg ohne uns" — diese verwitterte Schrift kann man noch heute an der Kitzinger Bahnbrücke lesen. „Ami, go home" — diese Losung ist heute erst recht zu einer Kampfaufgabe geworden.

Denn die deutschen Arbeiter, das deutsche Volk hat von den ausländischen Besatzern nichts zu erwarten, es sei denn, in einen mörderischen imperialistischen Krieg zwischen den beiden Supermächten hineingezogen zu werden!

Ami, go home! Besatzertruppen raus aus ganz Deutschland! Für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland!



Hier, im Klingenwald am Stadtrand von Kitzingen, lagern Atomminen der Amis.



Parole der Roten Garde in Kitzingen/Etwashausen

EG-Gipfel in Bremen

Bonn präsentiert Europäischen Währungsfonds

Auf dem EG-Gipfeltreffen in Bremen trat ein doppelter Schmidt auf: Da war zum einen der Bonner Kanzler und zum anderen der Präsident des Europäischen Rates, dessen Amt Schmidt gegenwärtig wahrnimmt. Korrespondenten wissen zu berichten, daß die beiden Schmidts daran zu unterscheiden waren, daß der Kanzler stets deutsch und der Präsident englisch sprach. Aber trotz dieser Bemühungen betrachteten viele Teilnehmer des Gipfels — vor allem aus den kleineren EG-Staaten — den neuen Europa-Chef mit unverhohlenem Mißtrauen. Denn allzu deutlich hatte Schmidt vorexerziert, daß es in der Europäischen Gemeinschaft eine feste Rangfolge gibt, die sich nach der wirtschaftlichen Stärke der „Partner" bestimmt.

Vor dem Gipfel nämlich hatte der Bonner Kanzler schon alle Einzelheiten der Verhandlungen mit dem französischen Präsidenten Giscard vorbereitet und gemeinsam mit ihm die Pläne ausgeheckt, die dann den anderen präsentiert wurden. In Bremen wurde dann zunächst die zweite Garnitur ins Vertrauen gezogen, nämlich die Herren Callaghan (Britannien) und Andreotti (Italien). Und dann erst, auf der Konferenz selbst, durften auch die ganz Kleinen reden. Die Tagesordnung, die Schmidt ihnen präsentierte, barg dann auch manche Überraschung.

Zum einen wurde — wie vorgesehen — über den bevorstehenden Weltwirtschaftsgipfel in Bonn gesprochen. Dort müßte — so Schmidt — Europa mit einer Stimme sprechen, der Stimme des Starken, versteht sich. Die Kleinen dürfen ja eh nicht nach Bonn kommen, wenn dort in der nächsten Woche die Staatschefs von den USA, Japan und Kanada anreisen. Aber Schmidt, jetzt wieder Ratspräsident, versprach ihnen, „daß Sie im Geiste dabei sein werden".

Zum anderen — so hatten es die Herren vorher werbewirksam verkündet — sollte auf dem EG-Gipfel auch über die Jugendarbeitslosigkeit gesprochen werden. In der Tat eines der drückendsten Probleme der Werktätigen in Westeuropa. Denn trotz aller Versprechungen und Vertröstungen der Herren in Bonn, Rom, Paris usw. ist die Arbeitslosigkeit nicht zurückgegangen. Im Gegenteil: Heute sind es selbst nach offiziellen Angaben 5,6 Millionen Werktätige in der EG, die keine Arbeit haben. Darunter nicht weniger als zwei Millionen Jugendliche, von denen viele gleich nach dem Schulbesuch ins Arbeitslosenheer gestoßen wurden.

Aber wurde auf dem EG-Gipfel auch nur ein einziger wirksamer Vorschlag vorgelegt, wie die Erwerbslosigkeit unter den Jugendlichen beseitigt oder auch nur eingeschränkt werden könnte? Nein, nicht darüber hatten sich die Herren ihre Gedanken gemacht, sondern ausschließlich darüber, wie die Lasten der kapitalistischen Krise in noch größerem Umfang auf die Werktätigen abgewälzt werden, wie sich die Monopole der großen imperialistischen Länder auch auf Kosten der Kleinen noch mehr gesundstoßen können. So hatte Schmidt gemeinsam mit Giscard den Plan für einen sogenannten Europäischen Währungsfonds (EWF) ausgebrütet.

Um ein zu großes Schwanken der Währungskurse der einzelnen Länder zu verhindern, soll praktisch ein gemeinsamer Topf geschaffen werden, mit dessen Hilfe bei Währungsschwankungen regulierend eingegriffen werden kann. Dieser Topf ist eben der EWF, und jede Regierung soll 20 Prozent ihrer Währungsreserven in ihn einzahlen.

„Welt" schrieb zu diesem EWF ganz offen: „Wer eine Stützung aus dem Fonds erhält, muß sich je nach Laufzeit und Höhe des Kredits **strengen Verpflichtungen unterwerfen, beispielsweise bei der Wirtschaftssanierung.**" Die Zeitung malte auch aus, wie das in einem konkreten Fall aussieht: Der Kurs der italienischen Lira beispielsweise sinkt — wie so oft. Soll er innerhalb der vereinbarten Grenzen (ein Sinken um höchstens 2,25 Prozent) gehalten werden, muß die italienische Notenbank auf ausländischen Märkten Lire aufkaufen, um den Kurs zu stützen. Bezahlen muß sie diese Käufe mit ausländischen Devisen, die sie wiederum aus dem EWF als Kredit aufnehmen muß. Und das ist dann verbunden mit massiven Auflagen des EWF. „Denn" — so schreibt die „Welt" — „der Druck auf den Lirakurs würde nur nachlassen, wenn die Inflationsrate gesenkt wird. Um dieses zu erreichen, müßte die Regierung zum Beispiel den Staatsausgaben engere Zügel anlegen, was wieder die Arbeitslosigkeit erhöhen könnte."

Das ist wie gesagt nur ein konstruierter Fall. Denn noch gibt es den EWF ja nicht. Nach dem Willen Bonns soll dieser Fonds in etwa zwei Jahren stehen, und noch in diesem Dezember soll über seine Einrichtung endgültig entschieden werden. Was es aber heute schon gibt, das ist der IWF, der Internationale Währungsfonds. Vom Wesen her ist er genau das gleiche, nur daß dort die amerikanischen Imperialisten das Kommando führen. Der IWF hat in den letzten Monaten solche „Stützungskredite" vergeben, zum Beispiel nach Portugal, Argentinien und Peru. Stets waren diese Kredite verbunden mit erpresserischen Auflagen zur Wirtschaftssanierung, nicht nur der Drosselung von Staatsausgaben, sondern auch dem Senken der Reallöhne und dem Abbau von internationalen Schranken gegen das einströmende Kapital der imperialistischen Länder, vor allem der USA. Bekannt ist auch das Beispiel des Kongo, wo der IWF nicht nur solche Auflagen gestellt hat, sondern die Kontrolle über die Nationalbank, das Finanzministerium usw. direkt übernommen hat.

Das Beispiel des IWF zeigt, daß solche internationalen Fonds nichts mit wirklicher Hilfe für die wirtschaftlich schwachen Länder zu tun haben. Sie sind im Gegenteil Instrumente der imperialistischen Staaten, um deren Kontrolle über andere Länder zu stärken. Bezeichnend dafür ist auch, daß im IWF nicht etwa jedes Mitgliedsland eine Stimme hat, sondern daß sich das Stimmengewicht nach der Höhe der Einlage bemißt. So können die USA alleine 20,7 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen und damit alle Entscheidungen bestimmen. Und wie sieht es beim EWF aus? Dort hätte Bonn nach der Höhe seiner Einlage ein Stimmpaket von 36 Prozent. Es liegt auf der Hand, daß unter diesen Umständen im EWF nichts gegen den Willen Bonns laufen wird.

So sind die von Schmidt und Giscard vorgetragenen Pläne alles andere als ein Programm gegen die Krise — wie es ihre Schöpfer nennen. Sie dienen nur dazu, die Lasten der Krise auf die schwächeren EG-Länder abzuwälzen und vor allem die Hegemonie der westdeutschen Imperialisten in Europa zu entwickeln.

UNO-Abrüstungskonferenz

Grundsätzliche Einigung?

Nach wochenlangen Beratungen produzierte in der vergangenen Woche die UNO-Vollversammlung über Abrüstungsfragen ihr Schlußdokument. Grundsätzliche Einigung sei erzielt worden, so hieß es. Und die „Frankfurter Rundschau" jubelte gar, daß das Abschlußdokument „von allen Staaten getragen wird".

Von allen Staaten? Die Herren in den Redaktionsstuben und Nachrichtenagenturen haben eins übersehen, oder geflissentlich übersehen wollen: daß nämlich die Sozialistische Volksrepublik Albanien dieses UNO-Spektakel nicht mit getragen hat. Und warum? Sind etwa die Albaner gegen eine Abrüstung? Im Gegenteil. Man braucht ja nur in das Protokoll einer solchen UNO-Vollversammlung hineinzusehen, um festzustellen: Die Vertreter der SVA sind diejenigen, die konsequent und kompromißlos gegen die Kriegsvorbereitungen der Supermächte und ihrer Blöcke Stellung beziehen, diejenigen, die die wahnwitzige Aufrüstung in West und Ost brandmarken und dem Sehnen der Völker nach einem wirklichen Frieden Ausdruck geben.

Und gerade deshalb weigern sie sich, an den verschiedenen Komödien vom Typ der Abrüstungsgespräche, der KSZE usw. teilzunehmen. Wie sah es denn bei der jetzigen Uno-Vollversammlung aus? Da kam zum Beispiel der amerikanische Vizepräsident Mondale mit dem Vorschlag, eine starke Reserve-Streitmacht der UNO zu schaffen. Eine Streitmacht von der Art also, wie sie schon heute im Libanon stationiert ist. Und durch Hunderte von aggressiven Handlungen dieser Truppe gegen die libanesischen und palästinensischen Patrioten ist inzwischen klar geworden, welches ihre Aufgabe, ihr eigentlicher Auftrag ist: in der Zusammenarbeit mit den israelischen Besatzern den Südlibanon von den bewaffneten Kräften des Volkes zu säubern. Was ist also Mondales Vorschlag anderes, als ein Versuch, die UNO im Interesse des Imperialismus noch weiter zu militarisieren? Und dieser Vorschlag kam passenderweise auf einer Abrüstungskonferenz!

Aber auch die anderen Tatsachen der vergangenen Wochen sprechen eine deutliche Sprache. Es sei nur daran erinnert, daß während der UNO-Vollversammlung die beiden Kriegsblöcke Tagungen durchführten, auf denen sie jeweils Beschlüsse über neue Rüstungsprogramme faßten. Das war ihr Beitrag zur Abrüstungsdiskussion. Ihre Reden vor dem Plenum im New Yorker UNO-Hochhaus dagegen waren nur Lügen, Täuschungen, Schaumschlägerei. Und entsprechend war dann auch jenes Schlußdokument: Da werden die beiden Supermächte aufgefordert, doch bitte mit ihren SALT-Verhandlungen fortzufahren. Da wird auf die Genfer Abrüstungskonferenz verwiesen, an der sich doch alle beteiligen sollen und wo man dann endlos weiterverhandeln kann. Und auch sonst wird allen Regierungen empfohlen — ganz unverbindlich, versteht sich — in Abrüstungsverhandlungen einzutreten. Kein Wunder, daß über dieses Dokument der Unverbindlichkeit alle die großen und kleinen Kriegstreiber grundsätzlich Einigkeit erzielen konnten. Kostet es sie doch keinen einzigen bewaffneten Mann, nicht einmal eine einzige Patrone.

Typisch dafür ist die Stellungnahme des Bonner Außenministers Genscher, der nach der Tagung erklärte, dieses Abschlußdokument könne „für die Abrüstungsdiskussion der nächsten Jahre wichtige Akzente setzen". So bringt jede Verhandlung dieser Art nur neue Verhandlungen hervor, während die Aufrüstung in Ost und West weitergeht.

Nahost: Statt Frieden neue Kriegsgefahr

Neue Friedensgespräche zwischen Kairo und Tel Aviv — so konnte man es in der vergangenen Woche in der Zeitung lesen oder im Fernsehen hören. Gewiß, es wird wieder verhandelt zwischen den Vertretern des ägyptischen und des israelischen Regimes. Und die Diplomaten Washingtons haben sich dabei wieder in die Positur von Vermittlern, von Friedensmaklern gestellt, indem sie bei diesen Gesprächen das Kommando übernahmen. Aber gibt es auch nur das geringste Anzeichen für eine wirklich friedliche Lösung der Probleme, die durch die israelische Besatzung entstanden sind?

Ein Blick auf die angeblich neuen Pläne der Israelis für diese Gespräche genügt.Es sind nämlich die alten, schon sattsam bekannten Provokationen aus Tel Aviv, und ihr Inhalt lautet wie eh und je: kein Rückzug aus irgendeinem Stück arabischen Landes, auf dem der Militärstiefel der israelischen Zionisten lastet. So sind auch diese Gespräche — ebenso wie die unzähligen vorausgegangenen — nur eine Farce, die den Eindruck erwecken soll, als hätte die amerikanische Supermacht und ihr Schützling Israel keinen dringenderen Wunsch, als den arabischen Völkern den Frieden zu bescheren.

Und zur gleichen Zeit, wo Carter, Begin, Sadat und ihre Diplomaten diese Farce aufführen, zeigen die Zionisten einmal mehr ihre wahre kriegslüsterne Fratze. Wieder mischen sie sich ganz offen in die Angelegenheiten eines Nachbarlandes ein: des Libanon. Eine ganze Staffel israelischer Bomber jagt über die libanesische Hauptstadt Beirut hinweg, durchbricht die Schallmauer, ruft damit Zerstörungen in der Stadt und Panik bei der Bevölkerung hervor. Dieser Terrorakt, so erklärt der General Gazit anderntags dreist, ist eine „Moralspritze" für die bewaffneten Einheiten der libanesischen Reaktion gewesen, die sich seit Tagen heftige Gefechte mit syrischen Truppen liefern. Und Präsident Begin macht unverhohlen klar, daß im Falle einer Ausweitung dieser Gefechte seine Truppen gegen Syrien marschieren werden.

So war die Lage am Wochenende gekennzeichnet von starken israelischen Truppenkonzentrationen auf den besetzten (zu Syrien gehörigen) Golan-Höhen und den entsprechenden syrischen Gegenmaßnahmen. Das ist die neue „Friedensinitiative", Marke Tel Aviv!

RGW: Neue Mitglieder

Der sogenannte „Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe" (RGW), der unter dem Kommando Moskaus stehende, reaktionäre Wirtschaftsblock, soll noch mehr ausgeweitet werden. Nach Meldungen der britischen Nachrichtenagentur „Reuter" wird Äthiopien in Kürze in diesen Block aufgenommen. Bei der letzten RGW-Tagung in der vorletzten Woche war schon Vietnam als neues Mitglied des RGW aufgenommen worden.

Britannien: Massendemonstrationen gegen Unterdrückung der Frau

Tausende von Demonstranten gingen in London auf die Straße, um gegen die Diskriminierung der Frauen durch die Kapitalisten und ihre Regierung zu protestieren. Sie versammelten sich vor dem Parlament und riefen Parolen gegen die soziale Ungleichheit in Britannien. Die Sprecher der Demonstration riefen zum anhaltenden Kampf auf, um die gerechten Forderungen nach Gleichstellung der Frauen im Betrieb und anderswo durchzusetzen.

NATO: Wieder Großmanöver

Neben dem Warschauer Pakt (Artikel auf Seite 3) hat auch der westliche Kriegsblock ein Großmanöver begonnen: „Trident" im östlichen Mittelmeer, an dem unter anderem starke Einheiten der amerikanischen sechsten Flotte teilnehmen. Gleichzeitig wurde vom NATO-Hauptquartier bekannt gegeben: am diesjährigen „Reforger"-Manöver im August und September werden sich 14.000 US-Soldaten beteiligen. Und im Rahmen der NATO-Herbstmanöver, die am 6. September beginnen und bis in den November hinein andauern, werden 200.000 (!) Soldaten eingesetzt.

Japan: Kampf gegen Narita geht weiter

Am vorletzten Wochenende kam es wieder zu einer Massendemonstration gegen den Großflughafen Narita, der auf dem Land von zwangsenteigneten Bauern errichtet wurde und die Sicherheit der Bevölkerung gefährdet. 15.000 Demonstranten waren angetreten. Über 10.000 schwerbewaffnete Polizisten wurden aufgeboten, um sie zurückzuschlagen. Wie berichtet wird, gab es mehrere Versuche der Demonstranten, mit Lastwagen auf das stark gesicherte Gelände des Flughafens vorzudringen. Es entwickelten sich schwere Kämpfe, in deren Verlauf die reaktionären Behörden eine Reihe von Demonstranten verhafteten.



Australien: Streik gegen US-Kreuzer

Im australischen Hafen Darwin traten in der vergangenen Woche die Hafenarbeiter in den Streik. Sie protestierten damit gegen das Einlaufen der „Bainsbridge", eines atombetriebenen Lenkwaffen-Kreuzers der US-Marine in den Hafen.

Mexiko: Streik im VW-Werk

Die 8.500 Arbeiter des VW-Werkes in Puebla sind am vorletzten Sonnabend in den Streik getreten. Sie fordern — angesichts der wachsenden Teuerung — eine Lohnerhöhung von 25 Prozent.

Iran: Neue Kampfdemonstrationen

Etwa 5.000 Werktätige gingen in der iranischen Stadt Kermanshah auf die Straße und brachten ihren Protest gegen das faschistische Schah-Regime zum Ausdruck. Die Demonstranten griffen auch Banken des Regimes an. Bei Auseinandersetzungen mit der faschistischen Polizei wurden zwei Demonstranten ermordet. Militante Aktionen gab es in der vergangenen Woche auch in Teheran und Schiraz.

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE		
	1. Programm		
13.00-13.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
14.30-15.00	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
16.00-16.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
18.00-18.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
19.00-19.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	2. Programm		
21.30-22.00	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	215 m	MW
23.00-23.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1457 kHz	206 m	MW
06.00-06.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	215 m	MW



Das Gift kam von der US-Army

Giftmüllskandal in Dickesbach bei Idar-Oberstein. Erst nach dem Tod des Besitzers einer mitten in der Ortschaft Dickesbach stehenden Scheune kam es an den Tag. Bereits seit 1970 lagerten in dieser Scheune gefährliche Giftstoffe. 25 Kubikmeter Giftmüll in völlig unzulässigen und zum Teil vollständig verrosteten Behältern.



Dieser LKW geriet mit dem Giftmüll, der in einer Scheune im Ort Dickesbach gefunden wurde, in Brand.

Daß es reiner Zufall ist, daß den Bewohnern der Ortschaft bisher nichts passierte, zeigte sich, als das Gift jetzt endlich abtransportiert wurde. Denn als ein Teil der Fässer und Dosen auf einem Lastwagen aufgeladen waren, entstand ein Brand. Nur der Geistesgegenwart und dem Mut des LKW-Fahrers, der, das Feuer sehend, hinter das Steuer sprang und den Lastwagen aufs freie Feld lenkte, ist es zu verdanken, daß die Ortschaft vor einer Katastrophe bewahrt blieb...

Wo dieses Gift herkam, steht inzwischen fest: von der US-Army, die ihre Giftabfälle nicht nur in dieser, sondern auch noch in einer Reihe anderer Scheunen abgelagert hat. Wer aber dafür verantwortlich ist und wie es passieren konnte, daß ungeheure Mengen von Gift jahrelang in jedermann zugänglichen Scheunen lagert, ohne daß die deutschen Behörden davon Kenntnis erhalten — darüber schweigen sich die Lokalzeitungen aus...

Bundeswehr im Libanon?

Aktuelle Stunde in der Rüdel-Kaserne in Hamburg. Einige Soldaten wollen Näheres über den Einsatz der UN-„Friedens"-Truppen im Libanon wissen. Auf die Frage, ob dort wirklich Bundeswehr-Einheiten eingesetzt werden können, sagt der Batteriechef etwas verwirrt: „Das ist ein ganz heißes Eisen." Er muß aber schließlich zugeben, daß das möglich ist.

Ein Soldat ruft daraufhin empört, daß sein Gelöbnis ihn schließlich nur zur Verteidigung der Bundesrepublik verpflichte. Er werde sich unter keinen Umständen zu so etwas mißbrauchen lassen. Darauf die Belehrung des Batteriechefs: „Sie haben gelobt, der BRD treu zu dienen und... Nimmt man diesen ersten Satz für sich, so heißt es nur, daß Sie treu Ihre Pflicht erfüllen müssen, **sei es zur Verteidigung der BRD oder zur Erfüllung von Verpflichtungen außerhalb der BRD.**" Als daraufhin von Soldaten gefragt wird, ob die Bundeswehr also genauso wie die US-Truppen in Vietnam, Südafrika usw. eingesetzt werden könne, lautet die Antwort des Batteriechefs: „Ja, das ist durchaus möglich."

> **„Wir können unsere Grundwerte nicht geographisch einschränken."**
> (Bundeskanzler Helmut Schmidt auf dem SPD-Parteitag 1977)

Die Soldaten reagieren betroffen und empört auf diese offenherzige Darlegung der imperialistischen Ziele der Bundeswehr. Einige sagen: „Dafür geben wir uns niemals her. Hätten wir das gewußt, hätten wir dieses Gelöbnis niemals abgelegt." Darauf der Batteriechef zynisch: „Das ist ja Ihre freie persönliche Entscheidung, die Ihnen unbenommen bleibt. Verweigern Sie allerdings in einem solchen Einsatz den Befehl, können Sie mit Gefängnis bis zu fünf Jahren bestraft werden!"

Übrigens wird diese Aktuelle Stunde in der Rüdel-Kaserne möglicherweise noch ein Nachspiel haben. Nicht für den Batteriechef — er hat ja nur offen gesagt, was tatsächlich die Aufgabe der Bundeswehr ist — sondern für einige Soldaten. Denn gleich im Anschluß an diese Stunde ging der Batteriechef zu einem Soldaten, der erklärt hatte, daß die zwei Supermächte Afrika unter sich aufteilen wollen und deutsche Soldaten dort niemals für ihre eigenen, die Interessen der Werktätigen, kämpfen würden. Er erklärte ihm: „Sie sind wohl ein Roter, was? Ich glaube, ich muß mal ein paar Nachforschungen anstellen..."

(Nach einem Artikel des „Roten Marder", Soldatenzeitung der KPD/ML und der Roten Garde für Norddeutschland.)

„Stern"-Verleger Nannen

Sir Henri und die nackten Mädchen

Deutschlands Verleger gehen auf die Barrikaden. Und zwar diesmal nicht, um ihre „nackte Existenz" zu verteidigen, wie sie es beim Streik der Druckereiarbeiter tun mußten (nach eigenen Aussagen), sondern zur Rettung höherer Werte (ebenfalls nach eigenen Aussagen). Zur Rettung der Pressefreiheit nämlich. Einer Pressefreiheit, die — laut Henri Nannen, Verleger des „Stern" — folgendermaßen zu definieren ist: „Pressefreiheit ist wie jede Freiheit unteilbar, sie schließt die Freiheit zu gelegentlichen Geschmacklosigkeiten nicht aus."

Zu den „gelegentlichen Geschmacklosigkeiten" später. Zunächst zum Anlaß des Verlegeraufstandes. Zehn Frauen haben Anzeige gegen Henri Nannen und den „Stern" erstattet und fordern die gerichtliche Unterbindung von Titelblättern, die Frauen in extremer Weise als Sex-Objekte darstellen. Aktueller Anlaß für diesen Schritt war ein „Stern"-Titel, der in übelster St.-Pauli-Manier einen Akt darstellte.

Begrüßt haben diese Anzeige nicht nur Frauen, sondern auch viele Männer, denen es schon lange stinkt, wie die Frau nicht nur zur Auflagensteigerung der Millionenpresse, sondern zur Werbung für alles und jedes vermarktet wird; wie der Staat einerseits heuchlerisch als Sittenhüter auftritt und andererseits die alltägliche Pornographie in Presse und Werbung nicht nur duldet, sondern auf Werbetafeln für Städte, Verkehrsbetriebe usw. selbst betreibt.

Warum bei all denen, die etwas zu verkaufen bzw. „an den Mann zu bringen" haben, die nackten Mädchen so hoch im Kurs stehen, ist bekannt. Daß solcherart geschmack- und kulturlose Errungenschaften der Werbeindustrie aber — jedenfalls in den Augen der Verleger — offenbar bereits zum Bestandteil der freiheitlich-demokratischen Grundordnung in unserem Land gehören, dürfte die meisten doch überraschen.

Da verwahrt sich etwa Henri Nannen (der den St.-Pauli-Titel „vor allem handwerklich-journalistisch" schlecht findet, andere Nackt-Photos aber „mit wahrer Lust" verteidigen will) gegen einen solchen „Ruf nach staatlicher Zensur" und droht Alice Schwarzer und ihrer Emanzen-Zeitung „Emma", daß „eine solche Klage — hätte sie denn Erfolg — ins eigene Fleisch ginge". Da geifert „Spiegel"-Verleger Augstein (einschlägig bekannt als Besitzer des Verleihs, der das berüchtigte Filmmachwerk „Im Reich der Sinne" herausbrachte) gegen die Klägerinnen: Sie „stapfen wie von Sinnen in eine üble Meinungs- und Geschmacksdiktatur", und: „Wie soll man ein Anliegen ernst nehmen, das so ehrverletzend (!) dahinstelzt, ehrverletzend für Verstand und Vernunft dieser selbsternannten Mini-Minderheit-Mehrheit?"

Was soll man zu solchen Ausbrüchen sagen? Soll man annehmen, daß hier lediglich der alternde Voyeur im Verleger spricht? Das allein wäre bereits widerlich und abstoßend genug. Aber leider handelt es sich nicht (nur) darum. Die Anzeige der zehn Frauen traf offensichtlich nicht (nur) den Mann im Verleger, sondern den Verleger selbst mitten in sein Herz als Geschäftsmann und Meinungsmacher. Nicht umsonst bekennt Nannen im „Stern" freimütig, daß er die nackten Mädchen deshalb aufs Titelbild nimmt, weil sich seine Zeitung so besser verkaufen läßt. Und tatsächlich gehören ja die fünf Bs (Blut, Busen, Baby, Biest, Beten) seit eh und je zum Erfolgsgeheimnis der bundesrepublikanischen Millionenpresse. Nicht nur, was die Auflagensteigerung angeht. Auch, was das Unterjubeln von Ansichten und Meinungen angeht, die die Leser, würden sie ihnen schwarz auf weiß als das präsentiert, was sie sind — kapitalistische Meinungsmache nämlich — niemals akzeptieren würden.

Weil das so ist, ist Nannen wie Augstein auch in einem Punkt ihrer spaltenlangen Tiraden gegen die zehn Anzeigeerstatterinnen zuzustimmen: In ihrer Zuversicht nämlich, mit der sie dem Ausgang eines eventuell stattfindenden Prozesses entgegensehen. Denn was Pressefreiheit ist, das haben in der kapitalistischen Bundesrepublik noch immer Leute wie Nannen und Augstein, das haben die Verleger bestimmt.

Die „Tränen Mariens" oder die Autorität der Kirche

Es begann damit, daß eine Katholikin im bayrischen Schwandorf Wassertropfen ihre Zimmerwand entlanglaufen sah. Ein gottloser Mensch hätte möglicherweise das Fluchen begonnen. Denn wer liebt schon feuchte Wände? Aber nicht so unsere Katholikin. Sie begann nicht das Fluchen, sondern das Beten. Und siehe da, ihre Demut wurde belohnt. Denn im Gebet wurde sie von kleinlichen irdischen Ängsten um den Schaden, den möglicherweise ihre Tapeten ob der Nässe nehmen könnten, erlöst und ihr wurden die Augen für das Wirken Gottes in dieser scheinbar alltäglichen Begebenheit geöffnet. Sie sah nicht mehr die feuchte Wand, sie sah nur noch die Heiligenbilder auf dieser Wand und über diese unaufhörlich etwas kullern, das sie zunächst noch für schnöde Wassertropfen hielt. Dann aber erkannte sie mit geradezu überirdischer Schärfe — und ein heiliger Schreck durchfuhr sie dabei — wie diese stetig tropfenden hellen Wassergebilde in den Augen der Heiligen, und insbesondere in den Augen Mariens, ihren Ausgang nahmen. Sollten es wirklich...?

Für unsere Katholikin gab es keinen Zweifel mehr an der Bewandnis, die es mit diesen Wassertropfen hatte. Und keinen Zweifel gab es für sie auch daran, wie sie sich angesichts der Tatsache, daß sie und ihr Heim für ein Wunder ausgewählt worden waren, zu verhalten hatte. Sie beschloß, ihr Heim und ihr Leben vollständig diesem Wunder Gottes zu weihen, gab alles Irdische (wie etwa die schnöde Sorge um das tägliche Brot) auf, verbreitete stattdessen unermüdlich die Geschichte des Wunders, das ihr widerfahren war, und öffnete ihr Haus zahllosen Pilgern. Ja, sie war sogar bereit, ihr Haus in eine Kapelle umzuwandeln und selber zur Heiligen zu werden. Daß ihr dies letztendlich verwehrt wurde, das war nicht — wie der Leser jetzt vielleicht meinen wird — Teufels- oder Gottlosenwerk. Das war das Werk eines Mannes, von dem man eigentlich mehr Verständnis für solcherart kirchliche Agitation und Propaganda erwarten dürfte. Das Werk des Bischofs von Regensburg nämlich. Er ließ durch eine Sachverständigenkommission feststellen: „Bei der an den Bildern auftretenden Flüssigkeit handelt es sich eindeutig um Kondenswasser, das sich infolge der vorliegenden baulichen Verhältnisse bei bestimmten Wetterlagen während der Heizperiode abscheiden konnte." Die Katholikin wurde aufgefordert, von jetzt an alles zu unterlassen, „was einem öffentlichen Kult der Bilder gleichkommt oder ihn fördert, vor allem aber, keine Kapelle zu bauen".

Merke: Auch die Wunder Gottes haben ihre innere Gesetzmäßigkeit. Was bliebe schließlich übrig von der Autorität der Kirche (und ihren Einnahmequellen), wenn nicht sie entscheidet, was ein Wunder ist, sondern jeder Gläubige sich seine Wunder selber macht?

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML!

Verlag
Roter Morgen
Postfach 300526

4600 Dortmund 30



Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr. .....

○ für 1 Jahr ○ für 1/2 Jahr ○ Probenummer

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Unterschrift: .... Datum: ....
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Die Zahlung erfolgt:

○ jährlich DM 30,00 ○ halbjährlich DM 15,00 ○ vierteljährlich DM 7,50

Die jeweiligen Gebühren werden mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. um 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird (ausgenommen sind Geschenkabonnements).

Parteibüros der KPD/ML und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD/ML, REDAKTION „ROTER MORGEN", 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/43 36 91 und 43 36 92.

5100 **AACHEN**, Buchladen „Roter Morgen", Viktoriastr. 35, geöffnet: Di 16.30-18.30, Fr 17.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

4800 **BIELEFELD**, Buchladen „Roter Morgen", Sudbrackstr. 31, Tel.: 0521/17 74 04, geöffnet: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 9.00-12.00 Uhr.

4630 **BOCHUM**, Buchladen „Roter Morgen", Dorstener Str. 86, Tel.: 0234/51 15 37, geöffnet: Mo, Di, Do, Fr 16.00-18.30, Mi 17.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

2800 **BREMEN** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/39 38 88, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

6100 **DARMSTADT**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Neue Zeit", Kasinostr. 55, geöffnet: Di, Do u. Fr 16.00-18.30, Mi 12.00-13.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

4600 **DORTMUND** 30 (Hörde), Buchladen „Roter Morgen", Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/43 36 91 u. 43 36 92, geöffnet: Mo-Fr 9.00-12.00 u. 14.00-18.00, Sa 9.00-14.00 Uhr.

4100 **DUISBURG** 11 (Hamborn), Kontaktmöglichkeit zur Partei: „Hamborner Bücherstube", Alleestr. 49, Tel.: 0203/55 06 23, geöffnet: Mo-Fr 9.00-13.00 u. 15.00-18.30, Sa 9.00-14.00 Uhr.

4300 **ESSEN** (Altendorf), Kontaktmöglichkeit zur Partei: „Linkskurve", politische Buchhandlung, Helenenstr. 35, Tel.: 0201/62 42 99, geöffnet Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

2390 **FLENSBURG** (Dubarg), Buchladen „Paul Hoffmann", Burgstr. 5, geöffnet: Mi 16.00-18.30, Sa 10.00-12.00 Uhr, Tel.: 0461/2 96 01

6000 **FRANKFURT**, Buchladen „Roter Morgen", Burgstr. 78, Tel.: 0611/43 75 95, geöffnet: Di-Fr 16.30-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

2000 **HAMBURG** 6, Buchladen „Roter Morgen", Schulterblatt 98, Tel.: 040/430 07 09, geöffnet: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

3000 **HANNOVER**, Buchladen „Roter Morgen", Elisenstr. 20, Tel.: 0511/44 51 62, geöffnet: Di-Fr 17.00-19.00, Sa 9.00-13.00 Uhr.

7100 **HEILBRONN**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: „Ernst-Thälmann"-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di u. Fr 17.00-19.00 Uhr.

3500 **KASSEL**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Arbeiterbuchladen „Klartext", Mittelgasse 9, Tel.: 0561/1 65 07, geöffnet: Di-Fr 15.30-18.00, Sa 10.00-12.00 Uhr.

2300 **KIEL** 1, Buchladen „Roter Morgen", Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431/56 77 02, geöffnet: Mo-Mi u. Fr 9.00-13.00 u. 15.00-18.00, Do 9.00-13.00 u. 15.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

5000 **KÖLN** 91, Buchladen „Roter Morgen", Kalker Hauptstr. 70, Tel.: 0221/85 41 24, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

6700 **LUDWIGSHAFEN** (Friesenheim), Parteibüro der KPD/ML, Ruthenstr. 1, Tel.: 0621/69 71 09, geöffnet: Mo-Fr 15.30-18.30, Sa 9.30-13.00 Uhr.

2400 **LÜBECK**, Buchladen „Roter Morgen", Schlumacherstr. 4, Tel.: 0451/7 69 39, geöffnet: Di, Do, Fr 16.30-18.30 Uhr.

4400 **MÜNSTER**, Buchladen „Roter Morgen", Bremer Platz 16, Tel.: 0251/6 52 05, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 11.00-14.00 Uhr.

2350 **NEUMÜNSTER**, Buchladen „Roter Morgen", Kieler Str. 21, Tel.: 04321/4 64 24, Mo, Mi, Fr 15.30-18.00, Sa 9.00-13.00 Uhr.

8500 **NÜRNBERG**, Parteibüro der KPD/ML, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911/43 80 43, geöffnet: Mi-Fr 17.00-19.00, Sa 10.00-14.00 Uhr.

8000 **MÜNCHEN** 2, Buchhandlung „Roter Morgen", Frauenhoferstraße 13, geöffnet: Mo—Fr 14.30-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

7000 **STUTTGART** 1, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/43 23 88, geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 WESTBERLIN 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Sprengelstr. 40, Tel.: 030/4 65 39 66, geöffnet: Mo-Fr 11.00-18.00, Sa 10.00-14.00 Uhr.